

KURDISTAN



**Deutsch-Kurdische
Gesellschaft e.V.**

NUMMER 2 / 1980
Schutzgebuehr 2,50

INHALT:

Programm der Deutsch-Kurdischen Gesellschaft e.V.	S. 1
Geschichtlicher Rückblick	S. 2
Der iranische Teil Kurdistans	S. 4
Pressespiegel	S.II-23
Beitrittserklärung	S. 24
Die Situation der kurden nach dem Sturz des Schah-Regimes	S. 25
Der syrische Teil Kurdistans	S. 26
amnesty international - Bezirk Berlin West	S. 29
Die musik-ethnologische Abt. des Museums für Völkerkunde Berlin	S. 30
Wichtige Adressen	S. 30
Kurdische Flüchtlinge in Berlin	S. 31
Ortsverband Berlin	S. 32
Literaturauswahl	S. 32
Unterschriftenaufruf des VKSSE	S. 33

impresum:

Herausgeber: DEUTSCH-KURDISCHE GESELLSCHAFT e.V.

Postfach I428

5308 Rheinbach

Postscheckkonto Köln 245 311-502

Namentlich gekennzeichnete Artikel stimmen nicht unbedingt mit der Meinung des Herausgebers überein.

Titelfoto: Klaus P. Siebahn

Druck: Kontrast Berlin

Auflage: 1000 Exemplare

Januar 1980

PROGRAMM

der Deutsch-Kurdischen Gesellschaft
e.V. für das Geschäftsjahr 1979

1. Öffentliche Information über das Kurdenproblem

- die Gesellschaft gibt jährlich mindestens einmal die Publikation "Kurdistan" heraus, die über die Lage der Kurden im Irak, Iran, in Syrien, in der Türkei und in der Sowjetunion informiert.
- Die Gesellschaft informiert in etwa monatlicher Folge Presse und humanitäre und politische Organisationen in Form eines Informationsbriefes über die aktuelle Situation des kurdischen Volkes. Auch Mitglieder können diesen Dienst gegen Erstattung der Unkosten beziehen.
- Die Gesellschaft veranstaltet mehrmals im Jahr Vortragsveranstaltungen zur Kurdenfrage, bei denen sachkundige Referenten die interessierte Öffentlichkeit unterrichten.
- Die Gesellschaft organisiert in den Städten, in denen sie Mitglieder hat, Informationsstände, mit denen auf die Lage der Kurden aufmerksam gemacht wird. Bei diesen Gelegenheiten kann die Publikation der Gesellschaft verkauft, Unterschriften und Spenden gesammelt werden.
- Die Gesellschaft bemüht sich, bei aktuellen Anlässen gemeinsam mit anderen humanitären Organisationen Pressekonferenzen in Bonn abzuhalten.

2. Humanitäre Hilfe

- Die Gesellschaft bemüht sich um schnelle Durchführung der Aufnahme von kurdischen Flüchtlingen aus dem Iran in der Bundesrepublik. Zunächst sollte darauf gedrängt werden, in diesem Jahr zügig dafür zu sorgen, daß die 100 ersten Flüchtlinge, wie von den Innenministerien im Dez. 1977 beschlossen, in der BRD Aufnahme finden. Die DKG sollte dabei mit anderen Organisationen, wie z.B. amnesty international, UN-Hochkommissariat für Flüchtlingsfragen und der Gesellschaft für bedrohte Völker (Göttingen) zusammenarbeiten. In Zusammenarbeit mit caritativen Organisationen sollte sichergestellt werden, daß für die Flüchtlinge die notwendigen Lebensvoraussetzungen geschaffen werden.
- Die Gesellschaft wird sich bei den Kirchen und caritativen Organisationen um materielle Hilfe für die Kurden bemühen.

- Die Gesellschaft wird sich mit der Situation der kurdischen Studenten befassen und sich um eine größere Zahl von Stipendien für Kurden bemühen, die in ihrer Heimat keine Möglichkeit haben, beim Studium berücksichtigt zu werden.
- Mitglieder der Gesellschaft sollten Kurden in der Bundesrepublik bei Behördengängen etc. behilflich sein.

3. Kontakte der DKG mit Organisationen in der Bundesrepublik und im Ausland

- Die Gesellschaft wird sich weiterhin bemühen, die bereits bestehenden Kontakte zu intensivieren und neue Verbindungen mit dem Ziel zu schaffen, ideell und materiell Unterstützung für die Kurden zu erwirken.
- Die Möglichkeit der Gründung einer "Europäischen-Kurdischen Gesellschaft" sollte diskutiert, mit den anderen ausländigen Gesellschaften geprüft und vorangetrieben werden.
- Die Gesellschaft wird auch im Jahr 1979/80 die kurdische Sache gegenüber der UN-Menschenrechtskommission geltend machen und versuchen, über die politischen Parteien die Einstellung der Bundesrepublik gegenüber dem Problem zu beeinflussen oder zumindest das Bewußtsein für diese Frage zu schärfen.

4. Mitgliederwerbung

- Die Gesellschaft muß sich im Jahr 1979/80 verstärkt um die Werbung von Mitgliedern bemühen. Dabei sollte es sich in erster Linie um Deutsche handeln, damit das Gewicht der Gesellschaft in der BRD größer wird.

KURDISTANIM KA?

Wo ist mein Kurdistan ?

Wo ist mein Kurdistan? Wo ist mein Kurdistan? Wo ist mein Land? Wo sind meine Weingärten? Wo sind meine Äcker?

Die Feinde haben alles besetzt!

Wo ist mein Kurdistan? Wo ist mein Land? Wo ist meine Kultur? Wo ist meine Folklore?

Alles nicht mehr da. Alles haben die Feinde weggenommen!

Wo ist mein Land, mein Kurdistan, meine rote Rose? Ich suche mein Kurdistan, aber ich finde es nicht!

Kurdistan hat uns geboren, Unsere Heimat hat uns zu Menschen gemacht.

Die Nacht geht schnell vorüber, Der Tag bricht wieder an! Ich werde dich nicht vergessen. Nein! Nein! Mein Land Kurdistan, Dich vergesse ich nicht!

(Sivan)

GESCHICHTLICHER RÜCKBLICK (Fayad Osman)

Das kurdische Volk ist eines der am längsten im Nahen Osten ansässigen Völker. Schon seit frühester Zeit leben die Kurden, bei denen es sich nach Meinung der Wissenschaftler um Nachkommen der Meder handelt, in dem noch heute unter dem Namen Kurdistan bekannten Gebiet. Das so entstandene Mederreich wurde schon 550 v. Chr. von den Persern unter Kyros zerschlagen. Seit dieser Zeit (weiter bis zum Auftreten des Islam) existierten in Kurdistan zahlreiche, voneinander unabhängige Fürstentümer, die auch bei XENOPHON (griech. Schriftsteller, nahm 401 am Feldzug des jüngsten Kyros gegen den Perserkönig teil) Erwähnung finden. Die Kordochoi (Kurden, die in den Bergen wohnen, sind tapfere Menschen, die sich nicht beherrschen lassen. Als die Kurden mit dem Islam in Berührung kamen, waren sie teils Anhänger Zarathustras (7. Jh. v. Chr., Reformator der altiranischen Religion), teils Christen. Mit dem allgemeinen Siegeszug des Islam (7. Jh. n. Chr.) fand diese Religion auch in Kurdistan Eingang und löste die Religion des Zarathustra ab. Die Kurden konnten ihren Beitrag zur Ausbreitung des Islam leisten. Einer der Kurden, die am meisten für den Islam geleistet haben, war Sultan Saladin, dessen Name im Zusammenhang mit dem 3. Kreuzzug (1189-1192) bekannt geworden ist, dieser basierte aber nicht auf nationalen, sondern auf religiösen Grundlagen. In der ersten Hälfte des 2. Jh. wurde der Nahe Osten von 3 Eroberungswellen erobert: 1071 waren es die Türken. 1255-58 die Mongolen und 1400-04 abermals die Mongolen unter Timur Leng. Die einzige der Eroberungswellen, die sich in diesem Raum behaupten und ihren Einflusbereich erweitern konnte, war die der Türken. Seither und bis zum Ende des ersten Weltkrieges war der Großteil von Kurdistan Bestandteil des Osmanischen Reiches (nur ein Teil des kurdischen Volkes lebte in Persien). Als das Osmanische Reich zerfiel, begannen Engländer und Franzosen Pläne über die Aufteilung des Osmanischen Reiches zu machen. Diese Verhandlungen führten schließlich zum Sikes-Pico-Abkommen (1916). Die beiden damaligen Groß-

mächte England und Frankreich machten sich an dessen Verwirklichung. An den Friedensverhandlungen für die Türkei in Sevres bei Paris (1920) nahm als Vertreter der Kurden auch Sharif Pascha teil. Das Ergebnis seiner Teilnahme waren im Abschnitt III des Friedensvertrages enthaltene Bestimmungen, die die Kurden bestrafen.

Art. 62 besagt: Eine dreiköpfige Kommission in Istanbul, dessen Mitglieder von den Regierungen Großbritanniens, Frankreichs und Italiens bestimmt werden sollen, soll innerhalb der nächsten sechs Monate einen Plan für die autonome Verwaltung des Gebietes schaffen, in dem die Kurden die Mehrheit stellen. Falls es der Kommission nicht gelingt, eine einheitliche Auffassung zu erarbeiten, soll jedes Mitglied seiner Regierung Mitteilung machen.

Art. 63: Die türkische Regierung soll innerhalb von drei Monaten die Forderungen der oben genannten Kommission erfüllen.

Art. 64: Sollten die in dem genannten Gebiet lebenden Kurden nach einem Jahr beim Völkerbund zwecks Gründung eines eigenen Staates vorstellig werden und sollte der Völkerbund die Bewohner des Gebietes für fähig halten, sich selbst in einem eigenen, unabhängigen Staat zu regieren, so hat die türkische Regierung diesen Forderungen stattzugeben.

Am 1. Nov. 1922 gelang es den Jungtürken unter Kemal Atatürk die Monarchie zu stürzen und die Republik auszurufen. Die neue Regierung weigerte sich, die Bestimmungen des Friedensvertrages zu erfüllen. Im Juni 1923 wurde in Lausanne ein weiteres Abkommen unterzeichnet, in dem die Belange und Rechte der Kurden aber keinerlei Erwähnung mehr fanden. Seit dieser Zeit ist Kurdistan ohne Berücksichtigung ethnischer, wirtschaftlicher und anderer Grundsätze auf fünf Staaten Türkei, Irak, Iran, Syrien und UdSSR aufgeteilt und seither kämpft das kurdische Volk in immer wieder aufflammenden Aufständen für die Erhaltung der Selbstbestimmung und der Freiheit.

Historische Skizze über die wesentlichen Ereignisse und Aufstände des kurdischen Volkes in allen Teilen Kurdistans:

Türkei

- 1847-1848 Die Bedir-Khan-Pascha-Bewegung in Botan. Ver-nichtung des kurdischen Fürstentums innerhalb des osmanischen Reiches.
- 1853-1866 Die kurdische Bewegung in den Provinzen Hakari, Botan unter der Führung von Izzedin Scher.
- 1877-1889 Fortsetzung der Bedir-Khan-Bewegung wurde von seinen Söhnen in Hakari, Botan, Badinan geführt.
- 1880 Der Aufstand von Scheich Ubbedellah El Nehri in Wan, Urnia gegen das osmanische Reich.
- 1908 Revolution der Jung-Türken Erste kurdische Partei wird gegründet und sie gibt eine eigene Zeitung heraus. Gründung einer nationalen Schule in Konstantinopel.
- 1920 Vertrag von Sevres zwischen Türken und Alliierten, der kurdischen Staat vor-sieht.
- 1923 Vertrag von Lausanne, Mustafa Kemal hat den Vertrag nicht anerkannt.
- 1925 Die kurdische Revolution von Scheich Said Beran in Diarbakir, Hinrichtung von 53 kurdischen Führern. Massaker unter Zivilbevölkerung.
- 1927-1931 Aufstand von Ihsan Nori-Pascha im Ararat-Gebirge.
- 1937 Der bekannte kurdische Aufstand von Sayed Reda im Gebiet Dersim gegen Mustafa Kemal.
- 1830 Der Aufstand von Mohamed Pascha Rawendozi im Rawendozi-Gebiet.
- 1835 Die kurdische Bewegung von Ismail Pascha Bahdinani in dem Bahdinani-Gebiet.
- 1910 Die Gesellschaft (HEWA) wurde in irakisch-Kurdistan gegründet.

Iran

- 1919-1930 Mehrmalige Aufstände und Bewegungen von Scheich Mahmud in Suleymania.
- 1931-1945 Barzan-Aufstand, der erste Aufstand von 1931-32 wurde von Ahmed Barzani im Barzan-Gebiet geführt, er forderte die Gleichberechtigung von Kurden und Arabern.
- 1941-1945 Aufstand des legendären Kurdenführers Mustafa Barzani in irakisch-Kurdistan.
- 1947-1958 Die bekannte Flucht Barzanis mit 500 Kampfgenossen in die Sowjetunion.
- 14.6.1958 Abdul Karim Kassem stürzt König Feisal II und gründen die Republik Irak, provisorische Verfassung, Araber und Kurden sind Partner in diesem Vaterland.
- Sept. 61 Anfang des Kurden-Krieges.
- 8.2.1963 Die Kassem-Regierung wurde von der Baath-Partei gestürzt. Ende des ersten Teils des kurden-Krieges.
- Feb. 64 Zweiter Teil des Kurden-Krieges. Die irakischen Einheiten mit Hilfe der syrischen Truppen kämpfen gegen die Kurden.
- März 69 Die Oelraffinerien werden von aufständischen Kurden bei Kirkuk angegriffen.
- 11.3.70 Ein Friedensvertrag von 15 Punkten mit der Baath-Regierung soll den Kurden Autonomie gewähren.
- 1974 Die 15 Punkte des Friedensvertrages wurden nicht realisiert. Wieder Krieg.
- 6.3.1975 Ein Abkommen wurde zwischen irakischer und persischer Regierung getroffen. Die Kurden bleiben ohne Hilfe und Nachschub. Kapitulation! Neuorganisation der kurdischen Partisanen in irakisch-Kurdistan. Die Mai-Revolution.
- 1975-1979 Kurdenführer Mustafa Barzani lebt im Exil.
- Der Aufstand von Ismail Aga Simke in Irmia in iranisch Kurdistan.
- Die kurzlebige kurdische demokratische Republik von Mahabad (iranisch-Kurdistan) unter Gahzi Mohamed.
- Die kurdische Republik wurde durch persische Truppen gestürzt. Gahzi Mohamed mit 20 anderen hohen Persönlichkeiten wurde hingerichtet.
- Die kurdische demokratische Partei in Syrien wurde gegründet.
- Eine Anzahl von Mitgliedern und Freunden der kurdischen demokratischen Partei wurden verhaftet.
- Durchführung einer Volkszählung in den von Kurden bewohnten Gebieten. Die syrische Regierung hat 120.000 Kurden die Staatsangehörigkeit entzogen.
- Ein "Arabischer Gürtel" wurde von der Baath-Partei praktiziert; 322 Dörfer wurden evakuiert und in Staatsfarmen mit arabischen Landarbeitern umgewandelt.
- Die Macht in Syrien wird von Hafes Assad übernommen.
- 80.000 Araber sind in den kurdischen Gebieten angesiedelt worden. 23 kurdische Dörfer wurden deportiert.
- Acht Mitglieder der kurdischen demokratischen Partei wurden verhaftet und befinden sich immer noch ohne jegliche Gerichtsverhandlung im Gefängnis.
- 175 kurdische Lehrer wurden entlassen. Ihnen soll vorgeworfen worden sein, sie seien Ausländer.
- Kurdische Dörfer und Städte wurden arabisiert, d.h. die kurdischen Namen von Dörfern und Städten wurden

Der iranische Teil Kurdistans

Der folgende Artikel enthält einführnde Informationen zur Geschichte und zur sozio-ökonomischen Entwicklung des iranischen Kurdistan. Da es sich weitgehend um die Zusammenfassung einer Darstellung von A.R. Quassemou, dem Führer der DPK/Iran handelt, ist der Beitrag vor allem auch als Dokumentation der Position der DPK/Iran zu verstehen.

Quelle: Le Kurdistan d'Iran von A.R. Quassemou in : Les Kurdes et le Kurdistan, ouvrage collectif sous la direction de Gérard Jhalil, Paris, Maspero 1978. In Klammern angegebene Seitenzahlen ohne anderen Verweis beziehen sich auf dieses Buch.

Zur Geographie

Der iranische Teil Kurdistan, der eine Fläche von 125.000 km² hat, ist eine bergige Region, in der die Ortschaften häufig sehr hoch, (über 1000 m) liegen. Das Gebiet ist reich an Wald, der sich jedoch im Laufe der Zeit gelichtet hat, denn Holz war der einzige verfügbare Brennstoff. Dank der zahlreichen Flüsse ist das Problem des Wassermangels in Kurdistan weniger groß als in den anderen Teilen des Iran. Das Klima ist kontinental, im Winter kann die Temperatur bis auf -30° C (Saggez) sinken, im Sommer auf +45° C (Kermanschah) ansteigen. Der Boden des iranischen Kurdistan ist reich, bisher aber nicht ausgebeutet. In der Gegend von Kermanschah wird Öl gefördert, das Schahregime stand dazu unter Vertrag mit multinationalen Ölgesellschaften. Es wurde aber lediglich für den lokalen Bedarf gefördert.

Verwaltungsmäßig ist die kurdische Region in drei iranische Provinzen aufgeteilt, von denen nur eine, die zentral gelegene Provinz Sina (Sanandaj), offiziell Kurdistan heißt. Die nördliche Region heißt West-Aserbeidschan, die südliche Kermanschah. Unter ethnischen Gesichtspunkten ist auch Loristan mit der Hauptstadt Khouramabad dazuzurechnen.

Die Bevölkerung

Wegen des Chauvinismus der Regierungen der von Kurden bewohnten Länder ist es schwierig, andere als gefälschte Statistiken zu finden, was Angaben über die kurdische Bevölkerung angeht. Unter den Schahregime wurden die Kurden des Iran als "reine Iraner" bezeichnet, wobei das

Wort "Iraner" gleichbedeutend ist mit "Perser". Im Allgemeinen gab es keine Angaben über die nationale Zusammensetzung der iranischen Bevölkerung. Die Kurden machen mit 6 Mio. einen Anteil von 16 % der iranischen Bevölkerung aus. Die Auflösung der Stämme, die zu Anfang dieses Jahrhunderts begann, befindet sich heute in der Endphase. Die schnelle Ausdehnung des inneren Marktes, verursacht durch die Entwicklung des Kapitalismus, die Durchführung der Agrarreform (wenn auch in Kurdistan weniger gründlich), und die massive Abwanderung der Landbevölkerung in die Städte, alle diese Vorgänge, verbunden mit anderen sozialen und kulturellen Veränderungen, sind Zeichen für das Ende der Stammesgesellschaft im iranischen Kurdistan.

Die Religion

Fast alle Kurden sind Moslems, davon 75 % Suniten und 25 % Schiiten. Die religiösen Führer sind einflussreich. Die Mullahs leben in enger Gemeinschaft mit den Bewohnern der Dörfer, ernähren sich häufig selbst durch Ackerbau und Viehzucht und sind oft die einzigen, die lesen und schreiben können. So kennen diese Intellektuellen das Leben und die schlechten Lebensbedingungen und nehmen aktiv teil am Kampf um die nationale Befreiung. Während der letzten Jahre des Schahregimes haben die iranischen Behörden daher den Versuch einer "Reorganisation" der sunitischen Hierarchie unternommen, indem sie den Mullahs ein Monatsgehalt zahlten, um sie zum Dienst im Interesse des Staates heranzuziehen.

Sprache und Literatur

Obwohl in den kurdischen Schulen ausschließlich in persischer Sprache unterrichtet werden darf, sind die kurdische Sprache und die kurdische Literatur lebendig geblieben. Nach dem Ende der Republik Mahabad und dem Verbot der kurdischen Sprache konnten die iranischen Kurden aus den Publikationen im irakischen Teil von Kurdistan schöpfen, wo sich die kurdische Sprache und Literatur seit der Revolution von 1958 entwickeln konnte. Der Austausch von kurdischen Publikationen zwischen Iran und Irak wird dadurch ermöglicht, daß in diesen Länder in arabischen Buchstaben geschrieben und in diesen Teilen Kurdistan derselbe Dialekt gesprochen wird.

Auch im Iran des Schah wurde illegal in kurdischer Sprache publiziert, dies jedoch von der Regierung durch Repressalien zu verhindern versucht. In mehreren

Zur Geschichte

Fällen hatte ein einziges Exemplar einer kurdischen Publikation, das von der Savak entdeckt wurde, Inhaftierung und Folter für den Besitzer zur Folge. Für den Bereich der Erziehung und Bildung ist festzustellen, daß die Zahl der Schulen im kurdischen Gebiet und die Qualität ihrer Ausstattung erheblich unter dem Durchschnitt des Iran liegt. Mehr als 70 % (80% der Frauen) der gesamten Bevölkerung der gesamten kurdischen Provinzen waren 1975 Analphabeten. Zwei von fünf kurdischen Mädchen und jeder vierte Junge besuchten nie eine Schule.

Die medizinische Versorgung in den Städten ist unzureichend und der Landbevölkerung praktisch unzugänglich. 1966 kam ein Arzt auf 4.800 Personen, dabei gab es mehrere Regionen mit über 20.000 Einwohnern, für die es überhaupt keinen Arzt gab. (Zum Vergleich: in Europa kommt durchschnittlich ein Arzt auf 400 Personen).

Bis heute sind in diesem Bereich keine großen Veränderungen festzustellen.

Die Wirtschaft

Im kurdischen Gebiet des Iran wird überwiegend agrarisch produziert. Extraktive Industrie, d.h. Rohstoffgewinnung gibt es nur in der Provinz Kermanschah, wo Erdoel gefördert wird. Die kurdische Region ist jedoch an den - durch vermehrte Förderung und steigende Preise - rapide wachsenden Gewinnen aus der Oelförderung bisher kaum beteiligt gewesen. Von den Dutzenden der großen Industriebetriebe des Iran befindet sich kein einziger in Kurdistan. 1975 arbeiteten 65 - 70% der iranischen Kurden in Landwirtschaft und Bergwerken, 10 % in Industrie und Baugewerbe (das Baugewerbe hat hier den entscheidenden Anteil), und 20 % - 25 % im Dienstleistungsbereich. Es gibt keine Schienenverbindungen und nur eine einzige Straße, die zudem von strategischer Bedeutung ist, weil sie den Iran mit der Türkei verbindet.

Das iranische Kurdistan ist die unterentwickelte Peripherie eines unterentwickelten Landes mit entsprechend niedrigem Lebensstandard. So leben 50 % der Familien (im Durchschnitt 5 - 6 Personen) in einem einzigen Raum. Die Mehrheit der Häuser hat weder Anschluß an fließendes Wasser, noch an Elektrizität. Die durchschnittliche Arbeitszeit in den Städten beträgt 54 Stunden pro Woche.

Bereits im 16. Jahrhundert war Kurdistan auf die Territorien zweier zentralistisch organisierter Reiche aufgeteilt: in das osmanische Reich und das iranische Kaiserreich. Die kurdischen Fürstentümer leisteten den zentralistischen Tendenzen erbitterten Widerstand. 1639 wurde jedoch die Teilung Kurdistans durch einen Vertrag zwischen dem Sultan Murad und den Schah Abbas besiegelt. Im iranischen Teil kämpften die Kurden während der folgenden vier Jahrhunderte gegen die Hegemoniebestrebungen Isfahans.

1880 fand unter der Führung von Obeidullah der erste Aufstand statt, der die Einheit und Unabhängigkeit des gesamten kurdischen Territoriums zum Ziel hatte. Osmanische und persische Truppen setzten diesem Aufstand gemeinsam ein Ende. Die Freiheitskämpfe in allen Teilen Kurdistans flammten jedoch immer wieder auf. Als die imperialistischen Mächte England und Frankreich sich 1916 den Nahen Osten untereinander in Interessenssphären aufteilten (Sykes-Picot-Abkommen), über die sie später Völkerrechtsmandat erhielten, wurde Kurdistan völlig zerstückelt.

1941 wurde der Iran von den Alliierten Großbritannien, den USA und der Sowjet-Union besetzt. Lediglich die Region Mahabad, in der der kurdische Befreiungskampf eine lange Tradition hatte, wurde nicht okkupiert. Aus der nationalistischen Bewegung "Wiedergeburt Kurdistans", die 1942 von Intellektuellen der städtischen Mittelklasse begründet wurde, ging 1945 die demokratische Partei Kurdistans hervor, deren Programm folgende Punkte enthielt:

1. Forderung nach lokaler Selbstverwaltung und dem Recht auf Autonomie innerhalb des Irans;
2. Recht auf Unterricht in kurdischer Sprache und dem Gebrauch derselben als offizielle Sprache im kurdischen Territorium;
3. Gemäß der Landesverfassung Wahl von Repräsentanten der Distriktsräte Kurdistans für alle sozialen und administrativen Angelegenheiten;
4. Wahl der Staatsfunktionäre durch die lokale Bevölkerung;
5. Abschluß eines Vertrages zwischen Bauern und Grundeigentümern, der auf der Basis eines allgemeinen Gesetzes die Zukunft dieser beiden Seiten sichert;

6. Die DPK kämpft für vollständige Einheit und Brüderlichkeit mit dem aserbeidschanischen Volk und den in Aserbeidschan lebenden Minderheiten (Assyrer, Armenier usw.);
7. die DPK hat das Ziel, den Fortschritt der Landwirtschaft und des Handels zu sichern und Erziehung und medizinische Versorgung zu entwickeln, sowie die materiellen und geistigen Lebensbedingungen zu verbessern und die natürlichen Reichtümer Kurdistans zu nutzen;
8. Die DPK fordert freie politische Betätigung für alle iranischen Völker als Voraussetzung für das Wohlergehen und den Fortschritt des Landes.

Die DPK/Iran konnte sich bald auf eine Mehrheit im Volk stützen. 1946 wurde im Laufe eines Volkskongresses, an dem die Delegierten aller Regionen nördlich von Saqqez teilnahmen, die erste kurdische Republik 'Mahabad' proklamiert.

Während ihrer kurzen Existenz von 11 Monaten wurden Handelsbeziehungen mit der UdSSR hergestellt und eine demokratische Bewegung entwickelte sich. Die Ländereien der Großgrundbesitzer, die Kurdistan verlassen hatten, um mit der Regierung in Teheran zusammenzuarbeiten, wurden unter den kurdischen Bauern aufgeteilt, u.a. an die Familie Barzani die, von der iranischen Regierung verfolgt, in Mahabad Asyl gefunden hatte. Eine Landreform wurde nicht vorgenommen, denn das DPK-Programm zielte darauf ab, die Interessen der Feudalherren und Bauern gleichermaßen zu berücksichtigen.

Der iranische Teil Kurdistans war in der Zeit der Republik Mahabad eine der Basen für alle demokratischen Kräfte des Iran.

Nach Abzug aller alliierten Truppen aus dem Iran rückten Ende 1946 iranische Truppen in Aserbeidschan, wo eine demokratische Republik etabliert war, und in Mahabad ein, unter dem Vorwand, "freie Wahlen" sichern zu wollen. In Aserbeidschan wurden unter den Augen der Schah-Generäle Tausende von Demokraten von bewaffneten Banden ermordet. Darauf drang die Armee in Mahabad ein. Qazi Mohamed, der gewählte Präsident, wurde hingerichtet. Massenerschießungen und Inhaftierungen in den anderen kurdischen Städten folgten. Die Leute der Barzani-Armee flohen über den Irak in die Sowjet-Union. Es gelang so der Teheraner Regierung, die von Großbritannien und den USA unterstützt wurde, die progressiven Bewegungen im Lande zu unterdrücken. (Vgl. hierzu auch: Gérard Chaliand, Présentation, Question nationale

et droits des minorités in: Les Kurdes et le Kurdistan, am angegebenen Ort, S. 25; Zur Entwicklung im Iran seit 1949 vgl. MERIP-Reports Nr. 75/76; Washington D.C., März/April 1979).

Nach einem Attentatsversuch gegen den Schah 1949 setzte eine neue Verhaftungswelle gegen die Demokraten und Fortschrittlichen ein. Die Bevölkerung des iranischen Kurdistans unterstützte die Regierung Mossadegh (1951-53), insbesondere die Nationalisierung der ölproduzierenden Industrie und die Beschränkung der Macht der Monarchie. Nach dem 1953 vom CIA organisierten Putsch gegen Mossadegh begann die Repression gegen die demokratischen und nationalen Kräfte von neuem: Tausende wurden inhaftiert, Hunderte hingerichtet. 1955 wurde zwischen Iran, Irak, Pakistan und der Türkei der Bagdad-Pakt geschlossen, der die Wahrung westlicher Interessen in Nahen und Mittleren Osten sichern sollte. Gestützt auf diesem Pakt und auf die Erfolge bei der Unterdrückung der demokratischen Bewegung konnte die Schah-Regierung zum Schlag gegen den kurdischen Stamm der Tschwanro ausholen: die Tschwanro hatten nördlich von Kermanschah, in den unzugänglichen Bergen, eine Art lokaler Autonomie bewahren können. Im Februar 1956 brach die iranische Armee mit Bomben und Panzern den Widerstand der Tschwanro.

Die Revolution im Irak am 14.7.1958 zerstörte nicht nur eine der sichersten Basen des Imperialismus, sie öffnete auch den demokratischen Kräften und den kurdischen Organisationen Spielraum. Die positive Entwicklung der kurdischen Bewegung im Irak beeinflusste auch die Bewegung im Iran, deren wachsende Größe die Teheraner Regierung im Herbst 1959 mit Masseninhaftierungen zu begegnen versuchte. Die im Sept. 1961 im Irak entstandene bewaffnete kurdische Bewegung fand bald, obwohl ihr zunächst ein klares Programm fehlte, bei der kurdischen Bevölkerung breite Unterstützung und erhielt wirkungsvolle materielle Unterstützung von der DPK/Iran.

Die Politik des Schah-Regimes

Das schnelle Wirtschaftswachstum, das die Regierung sich als Erfolg zugute hielt, hat lediglich den Wohlstand der herrschenden Klassen vergrößert, d.h. besonders der aufsteigenden, mit dem ausländischen Kapital verbundenen, Bourgeoisie und der Familie Pahlevi, die sämtliche Schlüsselsektoren der nationalen Ökonomie kontrollierten.

Die Masse des Volkes lebt dagegen in Armut und Elend. Noch heute ist ein großer Teil der Bevölkerung analphabetisch und ohne jede medizinische Versorgung. Der ganze Sinn der vom Schah verordneten "weißen Revolution", die auf amerikanische Initiative zurückgeht, ist es, einer kapitalistischen Entwicklung den Weg zu bereiten, den Markt zu vergrößern und eine kleinbürgerliche soziale Basis für das Regime zu schaffen. So sollte eine Explosion verhindert werden, denn vor der Agrarreform hatte die überwiegende Mehrheit nicht einmal Land.

Die so induzierte Entwicklung war jedoch von wachsenden Widersprüchen begleitet. Das Anwachsen der sogenannten nationalen Bourgeoisie wurde durch das ausländische Kapital gehemmt, das zahlreiche, mit der Regierung vereinbarte, Privilegien genoß. Deswegen wieS- obwohl der Iran Rohstoffe wie Öl, Kupfer, Gas u.a. besitzt - die Bilanz des Jahres 1977/78, (das iranische Jahr beginnt am 21. März), ein Defizit von mehreren Milliarden Rial auf (1 Mrd. Rial = ca. 30 Mio. DM)

Die Agrarreform löste die sozialen Probleme auf dem Lande keineswegs: Die Landwirtschaft stagnierte chronisch; die durch Bevölkerungswachstum und steigende Kaufkraft bei der Mittelklasse vermehrte Nachfrage nach Nahrungsmitteln konnte nur durch steigende Importe gedeckt werden. Der noch vor 25 Jahren Agrarprodukte exportierende Iran wurde so zum Nahrungsmittelimporteur. Die Prozesse sozialer Veränderung und Auflösung auf dem Land, die auch mit der Mechanisierung in der Landwirtschaft zusammenhängen, verursachten eine massive Immigration vom Land in die Städte, wo sich die Bevölkerung mehr und mehr konzentrierte und große soziale und ökonomische Probleme, wie z.B. Massenarbeitslosigkeit entstanden. Alle diese ökonomischen und sozialen Transformationen waren jedoch nicht von entsprechenden Veränderungen auf der politischen Ebene begleitet. Während die Bourgeoisie und die Mittelklassen eine beträchtliche wirtschaftliche Macht erworben haben, und sich ihre soziale Basis vergrößert hat, und während auch die Arbeiterklasse mit mehr als 1 Mio. Arbeitern in der Industrie eine nicht mehr überschaubare Kraft geworden ist, ist die politische Macht völlig vom Schah monopolisiert gewesen. Die drei Gewalten Legislative, Jurisdiktion und Exekutive wurden von ihm kontrolliert. Unter seiner direkten Kontrolle regierten Armee, Polizei und Savak das Land. Das Schah-Regime spielte mehr und mehr die Rolle eines Polizisten

und Dieners des amerikanischen Imperialismus im mittleren Osten, wie es auch die Intervention seiner Armee in Dhojar gezeigt hat. Iran gehörte den Cento-Pakt an und war mit den USA durch einen zweiseitigen Militärpakt verbunden. Tausende von amerikanischen Beratern bauten die iranische Armee auf, ebenso die Polizei und Gendarmerie. Der Schah war in den 70er Jahren dabei, die mächtigste Armee des westlichen Asiens zu errichten, Iran war der wichtigste Waffenkäufer für die USA. Einem dem US-Senat 1976 von Experten vorgelegten Bericht (US Military Sales to Iran, a Staff Report to the US Senate, Juli 1976, zitiert von Gassemlou, am angegebenen Ort, S. 187) zufolge interessierten sich die USA aus drei Gründen für den Iran: wegen seiner geographischen Lage, wegen seines Oels und der Kontrolle über dessen Transport vom persischen Golf in die westlichen Länder und wegen des beträchtlichen Handels mit den vereinigten Staaten, sowie den wachsenden Investitionsmöglichkeiten.

" Die Schah-Diktatur im Iran hat ihren klassischen Höhepunkt erreicht: Ein Land mit einer einzigen Partei und einem einzigen Führer. Es bleibt von Freiheit und Demokratie nichts übrig. Alle oppositionellen politischen Organisationen, alle Gewerkschaften, berufliche und religiöse Vereinigungen sind verboten. Presse- und Meinungsfreiheit sind abgeschafft. Die Parlaments- und Senatsmitglieder werden ausschließlich vom Schah selbst ernannt (...). Die Savak besitzt Befugnisse, die nur vom Schah eingeschränkt werden können.

Diese kurze Darstellung der Lage im Iran gilt auch für Iranisch-Kurdistan. Aber es gibt weitere Merkmale, die die Situation in Kurdistan kennzeichnen. Kurdistan ist weit mehr als andere Gegenden des Iran militarisiert. Die Staatsgewalt wird durch Offiziere der Armee, der Polizei, der Gendarmerie und insbesondere von Angehörigen der Savak vertreten. Es herrscht eine strenge Kontrolle aller Bewegungen der Bevölkerung. Jeder kurdische Bauer, der von seinem Dorf in ein anderes zieht, muß sich beim jeweiligen Bürgermeister ab- und anmelden. Der Aufenthalt jedes Fremden im Dorf ist vom Bürgermeister bei der Gendarmerie anzumelden. Seit dem in Algerien im Frühjahr 1975 zwischen dem Iran und dem Irak geschlossenen Abkommen, durch das der nationale Freiheitskampf der irakischen Kurden beendet wurde (vgl. Vanly, Le Kurdistan d'Irak), werden die von Kurden bewohnten iranischen Grenzgebiete mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln überwacht. Die nationale Unterdrückung dauert im gesamten Iranisch-Kur-

distan weiter an. Das Schah-Regime weigert sich, das kurdische Volk als eigenes Volk anzuerkennen, das Bestandteil einer Nation ist, die zwischen Iran, Irak, Türkei und Syrien aufgeteilt ist.

Jede Forderung, selbst die nach einem Minimum an nationalen Rechten, wird mit größter Härte unterdrückt. Die zur Zeit der Regierung des Schah Reza eingeleitete politische Assimilation an das iranische Volk ist immer noch wirksam. So hat die reaktionäre Politik des Schah Iranisch-Kurdistan in ein Gefängnis für das kurdische Volk verwandelt. Diese Politik der nationalen Unterdrückung gilt auch mehr oder weniger für die von Arabern, Belutschen und Aserbeidschanern bewohnten Gebiete. Obwohl die nicht-iranische Staatsangehörigkeit mehr als 50 % der gesamten Bevölkerung bilden, enthält ihnen das Schahregime ihre nationalen Rechte vor. Kurz, die Teheraner Regierung ignoriert schlicht die nationale Frage, die auch im Iran existiert. Der Schah selbst hat es wiederholt erklärt. Aber ist es möglich, diese Frage dadurch zu lösen, indem man sie ignoriert?."

(A.R. Gassemlou: Bericht über iranisch Kurdistan in: Jürgen Roth u.a., Geographie der Unterdrückten S. 110 ff.)

(Gassemlou stellt im folgenden die Position zur kurdischen Frage dar, die zur Zeit des Schah-Regimes von den verschiedenen oppositionellen politischen Kräften im Iran vertreten wurden. Im Anschluß daran seine kurze kritische Darstellung der Entwicklung der Demokratischen Partei Kurdistans/Iran).

Die Position der Tudeh-Partei (KP des Iran, prosovjatisch): Diese Partei wurde 1941 gegründet und hat, wenn sie sich auch auf den Marxismus beruft, das Ziel, eine Massenpartei zu werden, die alle Teile der Bevölkerung umfaßt. Die Tudeh-Partei hat in Bezug auf die nationale Frage niemals eine klare Position vertreten. 1945-46 hat sie zwar die nationale und demokratische Bewegung in Kurdistan und Aserbeidschan verteidigt, hat aber dann, obwohl sie sich formal als marxistisch-leninistisch bezeichnet, zu einer konservativen Position gefunden. Das neue, 1975 veröffentlichte Programm widmet der nationalen Frage im Iran nur zwei Paragraphen. Am Ende eines Unterkapitels, das die Politik der herrschenden Klasse behandelt, kann man lesen: "Die nationale Unterdrückung gegen die im Iran lebenden Völker ist eine andere Form

der antidemokratischen Politik der herrschenden Klassen. Der Iran ist ein mehrnationales Land und es gibt verschiedene Bande unter den in Iran lebenden Völker. Während der Jahrhunderte haben diese Völker ein gemeinsames Schicksal gehabt, sie haben die reiche und würdige iranische Kultur gemeinsam geschaffen, haben Seite an Seite zahllose Opfer für Freiheit und Unabhängigkeit gebracht. Die grundlegenden Interessen der Völker des Iran verbinden sich im Kampf gegen den Imperialismus und die Reaktion. Doch üben alle diese Völker aufgrund der Existenz der nationalen Unterdrückung ihre legitimen Rechte nicht aus. Die nationale Unterdrückung ist ein Hindernis auf dem Weg zur Verwirklichung einer tiefgehenden Einheit unter den Völkern geworden und eine Schranke auf dem Weg des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fortschritts des Landes." (Programm der Tudeh-Partei, Dez. 1975, zitiert nach Gassemlou a.a.O. S. 189).

Es wird hier nicht gesagt, daß das persische Volk gar nicht unter nationaler Unterdrückung leidet. Man könnte glauben, daß die Kurden und die Belutscher, was die nationalen Rechte betrifft, sich in derselben Lage befinden wie die Perser. Von welcher Kultur ist die Rede? Die Kultur, die heutzutage im Iran anerkannt ist, ist nichts anderes als die Kultur der herrschenden Nation, und das ist die persische. Nicht nur, daß diese Kultur nicht zu den Kurden gehört, unsere eigene nationale Kultur wird mit den Füßen getreten, unsere Geschichte verfälscht und unser kulturelle Erbe den Persern zugesprochen. In dem zweiten Paragraphen werden unter dem Aspekt der Lösung der nationalen Frage zwei prinzipielle Forderungen der Tudeh-Partei formuliert:

1. die Verwirklichung des vollen Selbstbestimmungsrechtes der im Iran lebenden Völker und
2. die Anerkennung des Rechts der im Iran lebenden nationalen Minderheiten, indem ihnen alle nationalen, sozialen und kulturellen Rechte gewährt werden." (ebenda S. 190).

Dies stellt im Vergleich zu den anderen Erklärungen der Tudeh-Partei einen Fortschritt dar. Dennoch ist lediglich von "unterdrückten Völkern" die Rede, wobei die Auffassung zugrundeliegt, daß die unterdrückten Völker noch keine Nationen geworden seien. Daß das Recht auf Selbstbestimmung nicht das Recht auf Separation einschließt, geht im übrigen klar aus dem Paragraphen hervor, der der Konsolidierung der nationalen Souveränität gewidmet ist.

Die Nationale Front, 1950 von Dr. Mossadegh gegründet, hat immer eine gewisse Popularität bei den Mittelklassen genossen. Sie hat die Existenz einer nationalen Frage im Iran niemals anerkannt. Von der Propaganda der Schah-Regierung unterscheidet die Presseveröffentlichungen der Nationalen Front ein einziger Punkt: Während man offiziell von der "Iranischen Nation" spricht, um zu zeigen, daß nur eine einzige Nation im Iran existiert, benutzt die Nationale Front den Ausdruck "Völker des Iran".

Die Organisation der Volksmudjaheddin des Iran, nach 1970 entstanden, führt eine Guerilla in den großen Städten des Iran. Anfangs eine moslemische Organisation, vereinigte sie eine zeitlang Moslems und Marxisten und spaltete sich dann. Die seither aktivere marxistische Gruppe bringt der Bewegung der unterdrückten Völker des Iran Sympathie entgegen, denn diese sind für sie eine wichtige potentielle Kraft im bewaffneten Kampf gegen das Schah-Regime. Jedoch existiert noch kein klares und präzises Programm der Volksmudjaheddin.

Die Organisation der Guerilleros der Volksfedayin wurde 1971 von marxistischen Guerilleros in den Städten gegründet, nachdem die Guerilla auf dem Lande (Region von Saikal) fehlgeschlagen war. Sie widmete der nationalen Frage von Anfang an große Aufmerksamkeit. In der theoretischen Zeitschrift 19 Bahman (Jan. 1975) wird die Frage der unterdrückten Völker behandelt:

"Die Grenzen haben die Kurden und die anderen unterdrückten Völker des Iran geteilt. Ihre Bewegungen sind verknüpft mit den Bewegungen außerhalb der Grenzen des Iran. Im Laufe der letzten Jahrzehnte haben sich diese Völker mehrfach gegen die Zentralregierung erhoben. Die Bedeutung der nationalen Bewegungen der unterdrückten Völker - mit dem kurdischen Volk an der Spitze - für die revolutionäre Bewegung im Iran schlägt sich in folgenden Aspekten nieder:

1. Diese Bewegungen treten einem dem Imperialismus verbundenen Regime entgegen; infolgedessen haben sie antiimperialistischen Charakter. Die revolutionäre Bewegung kann sie gewinnen, indem sie ihren fortschrittlichen Charakter unterstützt und eine gemeinsame Front mit den unterdrückten Massen gegen das Regime bildet.
2. Diese Bewegungen genießen von vornherein die Unterstützung der unterdrückten Massen und stellen so eine wichtige Kraft im Kampf gegen den Feind dar.

3. Diese Bewegungen sind dank ihres Massencharakters und dank der Unterstützung des anderen Volksteils, der sich jenseits der Grenzen befindet, nicht leicht auszuschalten. Die regionalen und weltweiten Widersprüche wirken sich schnell auf diesen Konflikt aus, denen sie dadurch größere Dimensionen geben, wodurch alle Kräfte des Regimes absorbiert werden können.
4. Die Völker des Iran gegen den gemeinsamen Feind zu einen, jede bürgerliche und kleinbürgerliche Beschränktheit zu beenden, ist der Grundstein der Einheit und der Solidarität der Völker des Iran im Rahmen einer freien und demokratischen Gesellschaft.

Die dem kurdischen Volk und den anderen Völkern verbundenen Elemente müssen in erster Linie ihre Energie dem Aufbau ihrer nationalen Befreiungsbewegung widmen und so die Einheit der Befreiungsbewegungen aller Völker des Iran sichern. Diese Elemente können viel nützlicher innerhalb ihres Volkes sein, als auf der allgemeinen Ebene der Gesellschaft (...). Das fortschrittliche ideologische Terrain bei den Kurden ist von großer Bedeutung für die Verbindung der revolutionären bewaffneten Bewegung mit der nationalen Befreiungsbewegung des kurdischen Volkes. Die bewaffnete Bewegung sieht in der bewaffneten nationalen Bewegung des kurdischen und der anderen Völker eine mächtige Kraft, die eine nicht leugbare Rolle bei der Gestaltung der Situation in unserer Heimat spielen wird." (19 Bahman, Jan. 1975, zitiert nach Cassemou, a.a.O., S. 192).

Aufgrund dieser klaren Positionen wird die demokratische und nationale Bewegung des kurdischen Volkes im Iran in Zukunft eng mit den Fedayin zusammenarbeiten können.

Auszüge aus dem Programm der DPK/Iran (nach dem 4. Kongreß 1973)

"Die Demokratische Partei Kurdistan stellt die Avantgarde des kurdischen Volkes im iranischen Kurdistan dar und kämpft an der Seite der fortschrittlichen Kräfte aller Völker des Iran gegen den Imperialismus, das reaktionäre, monarchistische Regime und für die Befreiung des gesamten Iran, sowie für das Recht des kurdischen Volkes auf Selbstbestimmung. Das strategische Ziel (mot d'ordre) der DPK ist es, die Autonomie des iranischen Kurdistan im Rahmen eines demokratischen Iran zu sichern. Die autonome Regierung Kurdistan wird auf dem gesamten Gebiet des iranischen Kurdistan errichtet werden; die Grenzen des iranischen Kurdistan werden entsprechend den historischen, geographischen und wirtschaftlichen Bedingungen festgelegt werden, in Übereinstimmung mit dem Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung dieser Region. Alle Angelegenheiten, die verbunden sind mit der Außenpolitik, der nationalen Verteidigung und auf ökonomischem Gebiet den Iran in seiner Gesamt-

heit langfristig betreffen, sind das Vorrecht der iranischen Regierung. Ausserhalb dieser Belange obliegt die Autorität in Kurdistan der nationalen autonomen Regierung von Kurdistan; die Repräsentanten der nationalen autonomen Regierung von Kurdistan werden an der Zentralregierung beteiligt sein. Das Kurdische wird die offizielle Sprache der nationalen autonomen Regierung Kurdistans sein. Der Unterricht wird auf allen Stufen in Kurdisch gehalten werden (...). Das Persische wird gleichermaßen als offizielle Sprache der nationalen autonomen Regierung Kurdistans gelten; es soll gleichzeitig mit dem Kurdischen vom 4. Grundschuljahr an unterrichtet werden. Die in Kurdistan lebenden nationalen Minderheiten werden den kurdischen Völkern rechtlich gleichgestellt sein. Sie werden ihre kulturellen Rechte ausüben und ihre Kinder werden in den Grundschulen ihre betreffende nationale Sprache erlernen. Alle Minderheiten werden das Recht haben, Zeitungen, Bücher und andere Publikationen in ihren betreffenden Sprachen erscheinen lassen. Die Religion muß vom Staat genehmigt sein (Hiermit steht die PK/Iran im Gegensatz zur Verfassung der Islamischen Republik Iran) die Freiheit der Religion wird für alle Religionen garantiert sein (...). (S. 195 ff). Klassische und religiöse Diskriminierungen werden vom Gesetz verboten sein. (...)" (S. 195).

"Vorzeichen des Erfolges?"

Mehrmals waren die Kurden der nationalen Einheit nahe, aber jedesmal scheiterte der Versuch aus diesem oder jenem Grunde. Sicherlich gibt es Gründe in der tausendjährigen kurdischen Geschichte, die immer noch aktuell sind. Weil sie keinen Zugang zum Meer haben, weil sie seit dem Mittelalter im Gebirge unter anderen Völkern leben, sind sie in den Windschatten der Zivilisation geraten. Objektiv bleibt die kurdische Gesellschaft weit hinter der der benachbarten Länder in ihrer Entwicklung zurück. Wie kann sich eine kleine geteilte Nation gegen mehrere Staaten gleichzeitig erheben? Ist es nicht wahr, daß zahlreiche kurdische Aufstände aufgrund gemeinsamer Maßnahmen dieser Staaten scheiterten? Wiederholte Niederlagen sind Ausgangspunkt einer Legende geworden: Die Kurden haben keine Freunde. In Wirklichkeit haben die Kurden sehr wohl viele Freunde, aber sie müssen sie da suchen, wo sie sind.

Zunächst in jedem Land wo sie leben. Die geschichtlichen Erfahrungen in allen Teilen

Kurdistans und vor allem im irakischen Kurdistan zeigen, daß der Kampf des kurdischen Volkes, wenn er isoliert vom Kampf der Gesamtbevölkerung geführt wird, zum Scheitern verurteilt ist.

Da sich die iranischen Kurden im politischen Rahmen des Iran befinden, ist ihr Kampf grundsätzlich mit dem der anderen Völker des Iran verbunden. Ohne den Sturz des Schahregimes kann weder die nationale Selbstbestimmung der Kurden noch die Demokratie im Iran entstehen. Nur - das muß klar gesagt werden - sind die iranischen demokratischen Bewegungen im Kampf gegen das Schahregime nähere Verbündete als die Kurden des Irak bzw. der Türkei. Der gemeinsame Feind vereinigt sie in einer Front.

Sicher ist die iranische Linke (so wie auch die türkische und die irakische Linke) nicht immer gleicher Meinung wie die kurdische Bewegung über alle Aspekte der nationalen Frage, aber das soll nicht ein Hindernis für die Kooperation und die gemeinsame Aktion werden, aus dem einfachen Grund, weil die fortschrittliche Bewegung keine anderen Verbündeten im Iran besitzt. So ist es auch in der Türkei, im Irak und in Syrien. Die türkischen, persischen und arabischen Völker sind keine Feinde des kurdischen Volkes, sondern seine Freunde. Nach einer grundlegenden Untersuchung hat sich die Demokratische Partei Kurdistan (DPK) im Iran für den bewaffneten Kampf entschieden als wesentliches Mittel, ihre Ziele zu erreichen. Diese Kampfform wurde ihr durch das autoritäre Regime des Schah aufgezwungen. In der Tat steht keine andere Möglichkeit für revolutionäre Veränderungen zur Wahl. Im Rahmen des Schahregimes gibt es weder Demokratie noch nationale Rechte für unterdrückte Völker." (A.R. Qassemou, Bericht über iranisch Kurdistan, a.a.O. S. 112).

Ulrike Haupt

Pressespiegel

Kurdenkrieg auch in Wien

Kurier
(Wien)

10. 1. 79

Von Herbert Kraus

Auf den Sohn des legendären Kurdenführers Barzani, Masoud Mustafa Barzani, der in Wien lebt, wurde in der Nacht zum Dienstag ein Attentat verübt. Zwei seiner Freunde deckten ihn mit ihren Körpern und wurden dabei schwer verletzt – sie fingen die Schüsse auf, die ihm gegolten hatten.

„Wildes Kurdistan“ in Wien-Meidling: Beim Verlassen des Hauses Pongasse 13 wurden Montag nacht gegen 23.30 Uhr drei Kurden von zwei bisher unbekannten Tätern beschossen. Vermutung der Staatspolizei: Die Schießerei spielte in Geheimdienstkreisen, da einer der drei beschossenen Kurden der 32-jährige Sohn des legendären aufständischen Kurdenführers Mustafa Barzani, Masoud Mustafa Barzani, ist. Der Sohn des Rebellenführers blieb unverletzt.

Dies allerdings, nach Erhebungen der Polizei, nur deshalb, weil sich seine beiden Landsleute sofort, als sie das Attentat erkannten, vor ihren Gast warfen und ihn mit ihren Körpern deckten. Dabei erlitt der 32-jährige Azat Mohammed N., ein Flücht-

ling aus Wien-Wieden, einen Bauchschuß, der 34-jährige Medizinstudent Ahmat Pirot I. aus Wien-Meidling einen Oberschenkeldurchschuß.

In der Wohnung I.s in der Pohlgasse hatte Montag abend eine Unterredung zwischen mehreren Kurdenflüchtlings und dem Sohn ihres Anführers stattgefunden. Als Barzani und seine Begleiter das Haus verließen wollten, wurden sie von zwei Bewaffneten beschossen, mehrere Projektile schlugen im Hausflur ein. Den Tätern gelang in einem roten Personenwagen der Marke Fiat die Flucht.

Die unbekanntenen Schießverbrechen werden entweder in Kreisen des irakischen Geheimdienstes oder unter Anhängern der mit Barzani verfeindeten „Patriotischen

Union Kurdistans“ vermutet. Barzani's Kurden hatten nämlich im Juni des vergangenen Jahres den Anführer ihrer Gegner, den Rechtsanwalt Jalal Talabani, auf türkischem Staatsgebiet gefangenengenommen.

In Österreich leben seit dem April 1976 rund 100 kurdische Flüchtlinge, die sich ebenfalls in zwei Lager spalten. Früher haben die Kurden gemeinsam gegen das Regime in Bagdad gekämpft, bis sich dann auch der Iran gegen diese Volksgruppe stellte. Der Schah hatte 1975 sein Interesse an der Unterstützung der Kurden verloren. Barzani wollte weiterkämpfen, hatte aber keine Waffenlieferungen mehr.

Die junge Ablöse in den eigenen Reihen, angeführt von Talabani, verlegte sich aufs Verhandeln mit der irakischen Regierung. Auch der älteste Sohn von General Mustafa, der 46-jährige Obeidallah Barzani, wandte sich von seinem Vater ab und wurde Minister für Kurdenangelegenheiten in Bagdad.

Nur Barzani's Peshmergas, wie die kurdischen Aufständischen genannt werden, wollen weiterkämpfen um ein unabhängiges, vereintes Kurdistan. Vermutlich waren auch deshalb die Söhne des greisen Kurdenfürsten unterwegs durch jene europäischen Länder, in denen Kurdenflüchtlinge aufgenommen wurden.

Kurden fordern mehr Rechte

Die kurdischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik und in Westberlin haben sich am Sonnabend auf einem Gründungskongreß in Frankfurt am Main zu einer Föderation zusammengeschlossen.

Etwa 400 Delegierte nahmen an der Veranstaltung der Arbeitervereine teil, in denen eigenen Angaben zufolge über 5000 Kurden organisiert sind. Die Föderation will sich für die Interessen der „über 200 000 kurdischen Arbeitnehmer in der Bundesrepublik einsetzen, deren Kinder nicht in der kurdischen Sprache unterrichtet werden können und die keine eigenen Interessenvertreter im Deutschen Gewerkschaftsbund haben.“ Zudem litten die kurdischen Arbeiter zunehmend unter dem Terror der „rassistischen und faschistischen türkischen Partei MHP“.

„Die Wahrheit“
10. 1. 1979

Das Gefängnis ist geöffnet

Die Kurden erhalten nach langen Kämpfen Autonomie im Iran. Von Jürgen Roth

Der legendäre Kurdenführer Mustafa Barzani konnte den Triumph seines Volkes im Iran nicht mehr erleben. Er starb in den USA.

Freude und Trauer wechselten in den letzten Tagen für die fast 17 Millionen Kurden in kurzen Intervallen. Nachdem im Iran das Schah-Regime gestürzt worden war, konnten auch die iranischen Kurden ihre Forderungen nach Selbstbestimmung und nationaler Freiheit vortragen.

Erfolgreich, wie aus Mahabad, der traditionsreichen Hauptstadt der iranischen Kurden zu erfahren ist. Hunderttausende Bauern aus den kurdischen Dörfern kämpften in der Vergangenheit zusammen mit den Schah-Gegnern, aber

die Politik des Schahs Iranisch-Kurdistan in ein Gefängnis für das kurdische Volk verwandelt" (Abdul Ghassemlou).

Dieses Gefängnis ist jetzt geöffnet. Die Kurden im Iran haben innerhalb weniger Wochen eine provisorische Führung, die in Mahabad sitzt, aufgestellt, die in Teheran Forderungen nach weitgehender Autonomie durchsetzen konnte. Eigene Kultur, eigene Schulen, eigene Sicherheitsbehörden, regionale Unabhängigkeit und besonders die Beteiligung am erwirtschafteten Vermögen des kurdischen Gebietes sind zugesichert. Forderungen, die den Kurden in der Türkei und im Irak bis heute vorenthalten werden.

Damit haben die iranischen Kurden zum zweiten Mal in ihrer Geschichte die Möglichkeit, in Freiheit zu leben.

ner unterstützt worden war. 1975 war der Krieg der Kurden im Irak zu Ende. Diesmal entzogen die USA den Kurden ihre Hilfe, so daß es zu einer Einigung zwischen den Irakern und dem Iran kam.

Hunderttausende Kurden wurden deportiert, noch im Herbst 1978 meldeten die irakischen Zeitungen, daß über 22 000 Familien aus ihren angestammten Gebieten deportiert worden sind. Entlang der türkisch-irakischen Grenze wurde ein 20 km langer Grenzstreifen total entvölkert. Die Folge der brutalen Unterdrückung der Kurden durch die irakische Regierung in Bagdad. Peshmergas des geschlagenen Barzanis hatten 1976 den Guerillakampf wieder aufgenommen und operierten seitdem in kleinen Einheiten von 10 bis 15 Kämpfern in den unwegsamen Gebieten der kurdischen Berge mit mäßigem Erfolg.

Mullah Mustafa Barzani, der sich verbittert nach Amerika zurückgezogen hatte, und es als seinen größten Fehler bezeichnete „daß ich den Amerikanern vertraut hatte“, so in einem Interview gegenüber der Zeitung *Washington Star* vom 18. April 1978, konnte den Triumph seines Volkes im Iran nicht miterleben. Er starb vor kurzem in den USA.

Am Montag, dem 5. März, wurde er in Ashnoeye bei Mahabad beigesetzt. Hunderttausend Kurden nahmen an den Trauerfeierlichkeiten teil. Aus jedem Dorf und jeder kurdischen Stadt kam eine Delegation an das Grab des Kurdenführers. Auch eine Peshmerga-Einheit aus dem Irak.

Ihre Teilnahme hat Symbolcharakter, denn die Freiheit der Kurden im Iran, soweit sie für längere Zeit durchgesetzt werden kann, wird auch für die unterdrückten Kurden in der Türkei und im Irak von erheblicher Bedeutung sein und das bisherige geopolitische Kräfteverhältnis im Nahen Osten und die Bedeutung der Kurden darin verschieben.

Bisher kämpften alle Staaten, in denen die Kurden lebten, miteinander gegen die Kurden. Jetzt haben die Kurden zumindest im Iran die Möglichkeit, den Kampf ihres Volkes im Irak zu unterstützen, den Guerillaeinheiten ein Rückzugsgebiet zu verschaffen und so den militärischen Kampf gegen die irakische Regierung effektiver und erfolgreicher zu gestalten.

Denn, so die provisorische Führung der demokratischen Partei Kurdistans, „Jede Freiheit der Kurden in einem Land wirkt sich politisch und militärisch auch auf die anderen Kurdengebiete aus“. Die Kurden werden kurz oder lang im internationalen Kräfteverhältnis wieder eine bedeutende Rolle spielen.



Mustafa Barzani stand über Jahrzehnte an der Spitze des Kampfes der Kurden um Autonomie. Foto: Sven Simon

nicht nur gegen das Schah-Regime, sondern auch für ihre eigenen Freiheiten.

Denn, so der neue Führer der iranischen Kurden Abdul R. Ghassemlou, ein bis vor kurzem in Paris lebender Schriftsteller und Politiker: „Die geschichtlichen Erfahrungen in allen Teilen Kurdistans und vor allem im iranischen Kurdistans zeigen, daß der Kampf des kurdischen Volkes, wenn er isoliert vom Kampf der Gesamtbevölkerung geführt wird, zum Scheitern verurteilt ist“.

Nach der Türkei leben im Iran die meisten Kurden: 5,5 Millionen. Bis vor kurzem war Iranisch-Kurdistan, die Kurden galten als reine Iraner, weit mehr als andere Gegenden des Irans militarisiert. Jeder kurdische Bauer, der von einem Dorf in ein anderes gehen wollte, mußte sich beim jeweiligen Bürgermeister ab- und anmelden. So hat

1946 konnte in Mahabad Ghazi Mohammed eine kurdische Republik ausrufen. Sie, abhängig vom Willen der Großmächte, existierte nicht einmal ein Jahr. 1947 machten die iranischen Truppen, nachdem die UdSSR die Unterstützung der Kurden aufgegeben hatte, dem kurdischen Traum ein Ende. Verteidigungsminister der damaligen Republik Mahabad war Mullah Mustafa Barzani, der 1902 geboren wurde. Der General der Armee der kurdischen Republik Mahabad konnte sich mit 496 Gefolgsleuten einen Weg über türkisches und nordiranisches Gebiet in die UdSSR erkämpfen, während Ghazi Mohammed in Mahabad aufgehängt wurde.

Barzani kehrte später in den Irak zurück, organisierte bis 1975 den Freiheitskampf der irakischen Kurden, der zuletzt vom Schah und den Amerikanern

Der Autonomieplan für die Kurden

Teheran räumt ihnen ein Mitspracherecht bei der neuen Verfassung ein

Mustafa el-Barsani, 76. Der Kurdenführer hatte die Aufmerksamkeit der Welt auf den Unabhängigkeitskampf seines Volkes gelenkt: Fast 40 Jahre



Teheran (Reuter)
Die neue iranische Regierung hat der kurdischen Minderheit des Landes weitgehende Selbstverwaltung, die Wahrung ihrer kulturellen Identität und ein Mitspracherecht bei der Abfassung einer neuen Verfassung eingeräumt. Der sieben Punkte umfassende Autonomieplan, der vom staatlichen Rundfunk veröffentlicht wurde,

ist nach Angaben des Senders nach viertägigen Verhandlungen vom Schiitenführer Ayatollah Taleghani und Innenminister Javadi sowie namentlich nicht genannten Kurdenführern vereinbart worden.

In Janandaj, der Hauptstadt der iranischen Provinz Kurdistan, war es in der vergangenen Woche zu schweren Kämpfen zwischen kurdischen Separatisten und Regierungstruppen gekommen. Der Rundfunkmeldung zufolge haben die Soldaten über 100 kurdische Gefangene freigelassen. Als Gegenleistung wollten die Kurden den Flughafen, die Sendeeinrichtungen von Rundfunk und Fernsehen sowie die Verwaltungszentrale der Streitkräfte räumen.

Der Plan umfaßt der Radiomeldung zufolge folgende Punkte:

1. Die Kurden erhalten bei der Abfassung einer neuen Verfassung ein Mitspracherecht;
2. ihnen wird kulturelle Freiheit gewährt. Neben Fersisch wird auch Kurdisch zur Schulsprache;
3. sie erhalten das Recht der Selbstverwaltung;
4. die Ressourcen Kurdistan kommen der Region zugute;
5. die Kurden erhalten auch bei Entscheidungen ein Mitspracherecht, die den ganzen Iran betreffen;
6. die Regierung gewährt Kurdistan Entwicklungslife;
7. die Kurden können ihre Sitten und ihre Tracht uneingeschränkt beibehalten.

Der stellvertretende iranische Ministerpräsident Entezam hatte vorher allen Minderheiten des Landes gleiche Rechte zugesagt. In Abadan erklärte Entezam, die arabischsprachige Volksgruppe im Südwesten und die türkischsprachigen Aserbaidschanis im Nordwesten würden alle Rechte erhalten, die den Kurden eingräumt würden.

Die drei fremdsprachigen Tageszeitungen in Teheran stellen ihr Erscheinen ein. Die Verlage begründeten diese Entscheidung mit wirtschaftlichen Überlegungen. Seit die meisten Ausländer das Land verlassen haben, gibt es offenbar nicht mehr genügend Leser.



DIE HAND ZUM SIEGESZEICHEN ERHOBEN
und mit der Palästinaerflagge winkend zeigen sich arabische Studenten auf dem Balkon der ägyptischen Botschaft in Teheran, die sie zuvor — laut eigenen Angaben friedlich — besetzt hatten.
Funkbild: AP

lang kämpfte der Rebell gegen die Machthaber im Irak. Von 1941 bis 1975 führte der in der Sowjet-Union ausgebildete Freiheitskämpfer — er wurde sogar Ehrengeneral in der Roten Armee — seine 1,5 Millionen Kurden in sieben für beide Seiten verlustreichen Kriegen an. Persiens Schah und Amerikas Geheimdienst CIA halfen ihm mit Waffen und Geld. „Gott“, so sagte er einmal, „wird uns entweder retten oder töten.“ Es kam anders: Der Schah verständigte sich 1975 mit dem Irak und sperrte Barsani die Waffenlieferungen. Aus seinem Bergversteck, wo er sich mit seinen zwei Frauen, neun Kindern und 150 Leibwächtern verborgen ge-

Beispiel Nr. 10 5.3.79

halten hatte, floh er in den Iran. Die CIA brachte ihn noch im gleichen Jahr nach USA — in die Mayo-Klinik: Verdacht auf Krebs. Die Staaten verließ der Rebellenführer seitdem nicht wieder. Am vergangenen Donnerstag starb er in einem Washingtoner Hospital.

Kritischer Nachruf auf Kurdenführer Barsani

TEHERAN (afp/NEUE). — Die Demokratische Iranische Partei Kurdistan, die über die Autonomie der iranischen Kurdengebiete mit der Zentralgewalt in Teheran verhandelt, hat den Tod des Kurdenführers Barsani in seinem amerikanischen Exil als „gute Nachricht“ bezeichnet. Barsani habe in den letzten Jahren die kurdischen Interessen „an den Schah und an die CIA verkauft“, heißt es in einer offiziellen Stellungnahme. In den meisten kurdischen Regionen des Iran und des Irak gelte Barsani als „Verräter und Anhänger der Vetterwirtschaft“.

Barsani hatte nach dem Abschluß des Autonomie-Statuts für die Gebiete der Kurden zwischen dem irakischen Zentralstaat und der Kurden-Mehrheit im Irak zuerst den Kampf vom iranischen Territorium aus mit Unterstützung des Schah und der USA fortgesetzt und ging nach dem Abschluß eines Vertrages zwischen Iran und Irak in die USA ins Exil, wo er — in einer Villa der CIA — an seinen Memoiren arbeitete. In diesem Haus ist er am Wochenende gestorben.

Waffenstillstand in Kraft

In der nordwestpersischen Stadt Naghadeh ist am Montagabend nach viertägigen blutigen Kämpfen zwischen Kurden und Aserbaidschanern eine Waffenruhe in Kraft getreten, die auch gestern weitgehend eingehalten wurde. Vertreter beider Volksgruppen akzeptierten laut Radio Teheran einen Vermittlungsversuch der Regierung. Der Ayatollah Taleghani appellierte an beide Minderheits-Gruppen, ihren Konflikt beizulegen und sich gemeinsam um die Schaffung einer demokratischen Stadtverwaltung zu bemühen.

Schwere Vorwürfe gegen die von der Regierung entsandten Soldaten hat unterdessen der religiöse Führer der Kurden, Scheich Ezzedin Hussein, erhoben. Bei ihrem Einmarsch in Naghadeh hätten die Soldaten wahllos auf Kurden geschossen, erklärte er nach Angaben der Teheraner Zeitung „Ayandegan“. Toten Kurden seien die Köpfe abgeschnitten worden. Hussein beschuldigte außerdem Revolutionskomitees, die Kämpfe zwischen den Kurden und den Aserbaidschanern angezettelt zu haben. Beide Bevölkerungsgruppen hätten zuvor immer friedlich zusammengelebt. Bis auf einige wenige seien jetzt alle Kurden aus der Stadt geflohen. Andere Kurden berichteten, die Armee habe bei ihrem Einmarsch Kurdenhäuser in der Kleinstadt zerstört. Zwei von den Kurden zuvor geräumte Dörfer seien von Soldaten niedergebrannt und Flüchtlinge aus Maschinengewehren unter Feuer genommen worden.

Tagespiegel 25.4.79

TSP 25.4.79

Das Volk Kurdistans will Autonomie in freiem Iran

UZ sprach mit Vertretern der Demokratischen Partei Kurdistans / Kämpfe in Sanadaj

UZ 21.3.79

Teheran. UZ — In der westiranischen Provinz Kurdistan sind am Montag und Dienstag Kämpfe ausgebrochen. Die von iranischen Sprechern als „kurdische Rebellen“ bezeichneten Kräfte haben in Sanadaj die Rundfunk- und Fernsehstation besetzt. Bei den danach ausgebrochenen Kämpfen mit Armeeeinheiten soll es Hunderte Verletzte und zahlreiche Tote gegeben haben. In einem über den Rundfunk ausgestrahlten Aufruf hat Ayatolla Khomeini die streitenden Parteien aufgerufen, die Feindseligkeiten zu beenden.

In der Volksbewegung dieses Teils vom Iran spielt die Demokratische Partei Kurdistans eine wichtige Rolle. In Ahmadabad im Iran hat UZ-Sonderkorrespondent Ulrich Sander Vertreter dieser Partei nach ihren Zielen befragt.

Die Vertreter der Demokratischen Partei Kurdistans erklärten der UZ:

„Seit Jahrzehnten sind wir für die Selbstverwaltung Kurdistans eingetreten. Wir sind sehr froh, daß endlich nach 30 Jahren unsere Partei, die Demokratische Partei Kurdistans, wieder legal arbeiten kann. Unsere Partei strebt die enge Zusammenarbeit mit der Tudeh-Partei an.

Wir wollen gemeinsam ein-

treten für: 1.) Demokratie für den Iran, 2.) Autonomie für Kurdistan als Bestandteil eines freien Iran. Wir sind nicht für die Abtrennung Kurdistans vom Iran.

Die bestehende Einheit der revolutionären und demokratischen Kräfte des Iran muß erhalten werden, damit das alte Regime nicht wieder kommen kann. Wir sind für eine Demokratie, in der alle demokratischen Parteien sich frei entfalten können. Es gibt Kräfte, die unsere Partei die Möglichkeit der freien Betätigung nicht geben wollen und der Autonomie Kurdistans im Wege stehen. Wenn dies der Fall sein sollte, sind wir bereit, unseren Kampf entschlossen fortzuführen.“

Persische Kurden haben schwere Vorwürfe gegen regierungstreue Ordnungskräfte erhoben, die in der Stadt Naghadeh in Nordwestpersien eingerückt waren, um die tagelangen Kämpfe zwischen Kurden und Aserbeidschancern zu beenden. Ein Sprecher der Demokratischen Partei Kurdistans erklärte in Teheran, in dem Gebiet seien Panzer mit Milizsoldaten in Dörfer eingedrungen und hätten „Tausende von Kurden“ vertrieben. Die Zahl der Toten bei den Kämpfen bezifferte er auf 500.

Tausende in Persien lebende Afghanen haben gestern vor der sowjetischen Botschaft und der Mission ihres Landes in Teheran gegen den afghanischen Staatschef Taraki demonstriert. Sie warfen der Regierung in Kabul vor, islamische Gegner des Regimes zu ermorden und Tausende von politisch Andersdenkenden in Gefängnisse geworfen zu haben. Auf Plakaten beschuldigten sie die Regierung in Kabul des Verrats. Der Sowjetunion warfen die Demonstranten vor, die Regierung in Kabul zu unterstützen.

TSP r Be- / rakischer Luftangriff

27.4.79

1989
USA
Tage
s
er
in
zei
enth
n Per
Time

Teheran (AP). Irakische Kampfflugzeuge haben am Montagnachmittag fünf Dörfer in der Nähe der Stadt Schardascht in Nordwestpersien angegriffen. Bei dem Angriff seien sechs Menschen ums Leben gekommen und vier verletzt worden. Nach einem Bericht des persischen Rundfunks hat Innenminister Dschawadi mitgeteilt, daß in Bagdad offiziell gegen den Angriff protestiert worden sei.

In dem betroffenen Gebiet in der persischen Provinz Westaserbeidschan leben vorwiegend Angehörige der kurdischen Minderheit. Dort befindet sich auch ein Guerillalager von Kurden. Die kurdische Minderheit in Irak hat jahrelang einen erbitterten Kleinkrieg für die Autonomie ihres Gebiets geführt und wurde dabei zeitweise vom Teheraner Schah-Regime unterstützt.

TSP 27. März 1979

Erstmals ein Kurde Gouverneur im persischen Teil Kurdistans

Abkommen mit der Zentralregierung in Teheran

Teheran (AP/dpa). Der bewaffnete Konflikt zwischen den aufständischen Kurden im Nordwesten Persiens und der Zentralregierung ist offensichtlich beigelegt. Der persische Innenminister Jawadi teilte am Sonntag in Teheran mit, am Abend zuvor hätten sich in der kurdischen Hauptstadt Sanadaj Kurden und Schiiten auf ein Abkommen geeinigt. Es sei zum ersten Mal ein Kurde — der einst unter dem Schahregime zum Tode verurteilt und dann zu acht Jahren Gefängnis begnadigte Ibrahim Yunesi — zum Generalgouverneur der nordwestlichen Provinz Kurdistan ernannt worden.

Das Abkommen sieht auch die Bildung eines aus fünf Mitgliedern bestehenden kurdischen Komitees in Sanadaj vor, das die Verwaltung und die Sicherheitskräfte in der Hauptstadt aufbauen soll. Außerdem soll die kurdische Sprache neben der persischen in Schulen der Provinz gelehrt werden.

In Sanadaj, der Hauptstadt der Provinz Kurdistan, wurden nach Teheraner Zeitungsberichten gestern 97 kurdische Geiseln, die im Verlauf der Kämpfe der letzten Woche festgenommen worden waren, von der Armee wieder auf freien Fuß gesetzt.

Der Chefredakteur der englischsprachigen Zeitung „Teheran Journal“, Atapur, hat am Sonntag den Rücktritt der provisorischen Regierung unter Ministerpräsident Bazargan und die Bildung einer Einheitsfront gefordert, die aus marxistischen „Volkskriegern“, islamischen Guerilleros sowie demokratischen Politikern bestehen sollte. Er warf Bazargan vor, die Ideale der Revolution verraten zu haben, und warnte vor einer „neuen Diktatur“.

Gestern sind alle drei fremdsprachigen Tageszeitungen Teherans eingestellt worden. Die Verlage begründeten diese Entscheidung mit wirtschaftlichen Überlegungen. Da die meisten Ausländer das Land verlassen haben,

gibt es anscheinend nicht mehr genügend Leser für die zwei englischen Zeitungen und für das französische Blatt.

Rätselraten herrschte in Teheran über offenbar authentische Tonbandaufzeichnungen auf zwei Kassetten einer Rede von Schahpur Bachtiar, dem letzten Ministerpräsidenten unter dem Schah. Die Kassetten waren zwei ausländischen Presseorganisationen in der Hauptstadt zugespielt worden. Kurz vor dem für den 30. März angesetzten Referendum über die Schaffung der islamischen Republik bezeichnete Bachtiar diese Staatsform als Hindernis für Fortschritt und Menschenrechte in Persien. Das Land gleite in die Anarchie ab. „Ein dunkler Schatten“ hänge über der Zukunft. Er forderte die Perser auf, ihre Einheit zu wahren.

Der Text enthielt keine Hinweise auf den Aufenthaltsort des ehemaligen Regierungschefs. In Teheran kursiert seit Bachtiares zwingenem Rücktritt am 11. Februar das Gerücht, er lebe weiter versteckt in Persien. Ungeklärt ist, wieso Briefbögen, die ohne Unterschrift den Kassetten mit den Adressen der Empfänger beigegeben wurden, vom Londoner Claridges-Hotel stammen.

Der Schiitenführer Khomeini hat am Wochenende in einer Rundfunkrede alle Perser aufgefordert, sich am kommenden Freitag an der Volksabstimmung über die geplante islamische Republik zu beteiligen, unabhängig davon, ob sie dafür oder dagegen seien.

36 Botschafter entlassen

Das persische Außenministerium hat gestern die Entlassung von insgesamt 241 Beamten bekanntgegeben. Unter den Abgelösten befinden sich 36 Botschafter. Ferner wurde in Teheran mitgeteilt, daß 59 weitere Angehörige der ehemaligen Geheimpolizei Savak festgenommen worden seien.

Tagespiegel: TSP

Unsere Zeit : U.

7 20.6.79

Iranische Kurden beharren auf Autonomie

Protestkundgebung in Sanandaj gegen den neuen Verfassungsentwurf

Teheran (AP)

Die Bekanntgabe des Verfassungsentwurfes ist im Iran auf unterschiedliche Reaktionen gestoßen. In der kurdischen Provinzhauptstadt Sanandaj kam es zu einer Protestkundgebung. Die etwa 5000 Teilnehmer zeigten sich ungehalten über die nach ihrer Ansicht unzureichenden Autonomierechte, die ihnen nach den Vorstellungen der Regierung in Teheran eingeräumt werden sollen. Der religiöse Führer der sunnitischen Kurden, Sheikh Ezzedin Husseini, hatte zuvor schon kritisiert, daß der Entwurf als Staatsreligion den Islam der schiitischen Richtung vorsehe. Er forderte die allgemeine Formulierung „Islam“.

In Sanandaj war es im März wegen des Rufs nach mehr Selbstverwaltung zu bürgerkriegsähnlichen Unruhen gekommen, bei denen mehr als 200 Menschen getötet worden waren. Schützenführer Khomeini hatte erst durch seine Zusage, die kurdischen Autonomiewünsche in dem Verfassungsentwurf zu berücksichtigen, die Gemüter allmählich beruhigen können. Ein kurdischer Provinzgeistlicher kündigte auf der Protestversammlung an, die Verhandlungen mit Khomeini über die Autonomie würden wieder aufgenommen.

Politische Kreise des linken und bürgerlichen Spektrums haben ebenfalls Kritik an der Vorlage geübt. Sie fordern eine stärkere Beteiligung an der endgültigen Ausarbeitung des Verfassungstextes vor einer Verabschiedung. Der Chef der politischen Mitte zuzuordnenden Nationalen Front, Karim Sandjabi, begrüßte dagegen den vorgelegten Verfassungsentwurf als „progressiv und eindeutig von Experten ausgearbeitet“. In einem Interview der *Tehran Times* stellte sich Sandjabi, der im ersten Revolutionskabinett kurzfristig als Außenminister fungiert, dann aber aus Protest gegen den starken Einfluß radikaler Kräfte auf die Regierung sein Amt niedergelegt hatte, eindeutig hinter den von Khomeini vertretenen Kurs. Diejenigen, die gegen Khomeini opponierten, seien „Konterrevolutionäre, die sich hinter einem Schleier von Liberalismus und Demokratie verstecken“, sagte Sandjabi.

Khomeini rechnete in einer am Dienstag veröffentlichten Rede erneut scharf mit seinen Gegnern ab. Die Kritiker des Verfassungsentwurfes nannte er „Feinde des Landes, die die Revolution untergraben“.

Regierungschef Bazargan hat die Perser zu einem „Heiligen Krieg“ für den Aufbau des Landes aufgerufen. Die staatliche Planungsorganisation wird dafür umgerechnet 1,5 Milliarden Mark zur Verfügung stellen, wie der Minister-

präsident sagte. Laut Bazargan ist besonders die Entwicklung entlegener Dörfer und Stammesgebiete sowie südlicher Vororte von Teheran geplant. Das Innenministerium werde außerdem rund 32 Millionen Mark für besonders dringende Fälle unbürokratisch einsetzen.

Zum fallenlassen der ursprünglichen Absicht, eine Verfassunggebende Versammlung wählen zu lassen, meinte der Regierungschef, dazu sei jetzt keine Gelegenheit. Der vorgesehene Beratende Ausschuß sei praktisch dasselbe wie eine Verfassunggebende Versammlung.

Der ehemalige Verantwortliche für die Rüstung, General Hassan Toufanian, ist verhaftet worden, teilte der Chef der Militärpolizei, Rahimi, mit. Toufanian war 18 Jahre lang insbesondere für Waffenkäufe im Ausland zuständig. Er tätigte unter anderem in den USA Waffengeschäfte von knapp 8 Milliarden Mark.

Luftwaffenübung an der Grenze zum Irak

Die Luftwaffe hat in der Nacht zum Dienstag mit Kampfflugzeugen vom Typ *Phantom* Manöver im Grenzgebiet zum Irak abgehalten und damit ihre Stärke gegenüber dem Nachbarstaat demonstriert. Die amtliche Nachrichtenagentur berichtete in Teheran, vier *Phantom* und einige Hubschrauber hätten über der Stadt Kermanshah und im Grenzgebiet an Übungen teilgenommen. Offenbar sollte dem Irak nach mehreren Grenzverletzungen des iranischen Luftraumes ein deutliches Signal gegeben werden.

Der Irak deportiert die Kurden aus den Grenzgebieten

Ankara (ddp)

Die irakischen Behörden sind dabei, entlang des nördlichen Grenzbogens zu Syrien, der Türkei und Demiran eine siedlungsfreie Zone zu schaffen und die dort ansässigen Kurdenbevölkerung ins Landesinnere zu deportieren. Dies meldeten türkische Zeitungen. Es sei ein zehn Kilometer breites Leergebiet von rund 300 Kilometern Länge geplant, hieß es. Die irakische Luftwaffe mache die geräumten Dörfer mit Brandbomben dem Erdboden gleich. Die Regierung wolle so den Widerstand der in letzter Zeit erneut aktiv gewordenen Guerilleros des kurdischen Rebellenführer Mullah Barzani gegen die Regierungstruppen brechen.

→ Süddeutsche Zeitung 20.6.79

Süddeutsche Zeitung 19.7.1979

SZ 19.7.1978

Kurden kämpfen gegen Armee

TEHERAN, 22. Juli (dpa/Reuter). Die seit Tagen andauernde Belagerung einer Polizeikaserne in der Kurdenstadt Seru, nahe der iranischen Grenze zur Türkei, wurde am Sonntag von Stammesangehörigen fortgesetzt. Wie die Teheraner Zeitung „Ayendagan“ meldete, befinden sich alle Zufahrtsstraßen in der Gewalt der Kurden. Eine Armee-Einheit mußte den Rückzug antreten, nachdem die Soldaten unter Beschuß genommen wurden. Bei den Kämpfen wurden nach Berichten aus kurdischen Kreisen am Samstag 80 Soldaten und fünf kurdische Freischärler getötet. 389 Soldaten seien in dem Berggebiet gefangen genommen worden. Zur Vergeltung hätten Revolutionsgardisten in Rezaieh, Kurden verprügelt und aus ihren Wohnungen vertrieben, wie der Kurdenführer Scheich Erzedin Hosseini telefonisch aus der nahegelegenen Stadt Mahabad berichtete. Die Autonomie fordernden Kurden wollen mit der Belagerung der Kaserne ihrer Forderung nach Abzug der Militärpolizei und Revolutionsarmeen aus der Grenzstadt Nachdruck verleihen.

*

FRANKFURT A. M. (FR). Auch in der Türkei gibt es keinen Frieden zwischen dem Militär und kurdischen Staatsangehörigen. Wie Rechtsanwältin am Sonntag berichteten, habe die Verhängung des Kriegsrechts in der Türkei zu ersten „nachweislichen“ Folterungen geführt. In Diyarbakir im Osten der Türkei seien am 16. Juli 1978 die kurdischen Vorstandsmitglieder der Gewerkschaft DISK, Zeki Adsiz und Nadir Yektas, verhaftet, zunächst in die Internierungsanstalt des Pionerbataillons des 7. Armeekorps und später zur zentralen Militärkommandantur gebracht worden. Dort seien sie 24 Stunden lang mit Prügeln und Schlägen, Ausreifen von Haaren und Elektroschocks gefoltert worden.

FRANKFURTER
RUNDSCHAU
← 23.7.79

24.7.79

Erster Großeinsatz der persischen Armee in Kurdistan

Tagesspiegel

Weitere Hinrichtungen erfolgt — Verstärkter Schutz des Ols

Teheran (AP/dpa/ddp). Die persische Armee hat erstmals seit Beginn der Revolution in einem Großeinsatz in Kurdistan eingegriffen und die Kontrolle über eine Straße und einen Bergpaß zwischen Persien und der Türkei, die von den Aufständischen besetzt waren, wiedererlangt. Nach einer mehrstündigen Schlacht haben die persischen Soldaten nach einer Meldung der offiziellen persischen Nachrichtenagentur Pars die persisch-türkische Verbindungsstraße zwischen den Ortschaften Urumieh und Sero und dem strategisch wichtigen Gahh-Hessar-Bergpaß 20 Kilometer nordwestlich von Urumieh befreit.

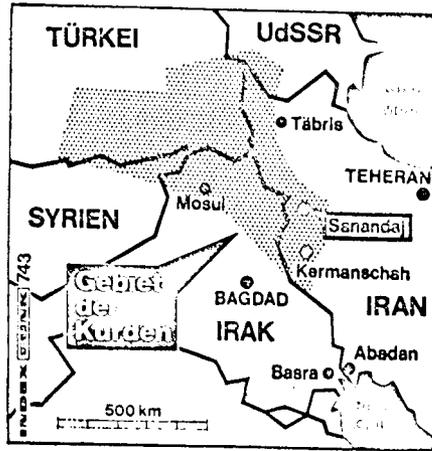
Die türkische Tageszeitung „Hurriyet“ hatte am Sonntag berichtet, daß es seit Beginn der Kämpfe 500 Tote zumeist auf Seiten der Kurden gegeben habe. Am vergangenen Donnerstag war eine Polizeieinheit in diesem Gebiet von den Rebellen eingekesselt worden, wobei einige Polizisten getötet oder als Geiseln genommen worden waren. Das Gebiet sei inzwischen wieder sicher, meldete Pars.

Wie der offizielle Rundfunk in Teheran meldete, hat Persien den Schutz seines Ols verstärkt. Die schwerbewaffneten Wachposten haben nach Radio Teheran an dem wichtigsten Ölhafen Ganaveh am Persischen Golf Scharfschußbefehl erhalten.

Vier weitere ehemalige Amtsträger des gestürzten Schahregimes sind nach einer Meldung von Pars gestern von Erschießungskommandos hingerichtet worden. Die Exekutierten, drei höhere Beamte der staatlichen Landpolizei sowie ein städtischer Polizist, waren zuvor von Revolutionsgerichten in Gonbad-e-Kabus und Isfahan für schuldig befunden worden, mehrere Teilnehmer von Anti-Schahdemonstrationen im vergangenen Jahr erschossen zu haben.

Der persische Generalstaatsanwalt Bani-Sadr hat den islamischen Revolutionsgerichten die Überschreitung ihrer Kompetenzen vorgeworfen. Wie er in einem gestern veröffentlichten Gespräch mit der Teheraner Zeitung „Ayandegan“ sagte, liege es außerhalb ihrer Gerichtsbarkeit, sich mit Sittlichkeitsdelikten zu befassen. Der Revolutionsrat habe ihnen vorgeschrieben, nur in Fällen von Mord, Folterungen und Verbrechen gegen die Unabhängigkeit des Landes Urteile zu verhängen.

In der Erdöl-Provinz Khusistan sind unterdessen nach Teheraner Pressemeldungen vom Montag die Mitglieder der Revolutionsgerichte zurückgetreten. Dies sei aus Protest gegen



die „Einmischung unverantwortlicher Elemente“ in ihre Arbeit geschehen.

TSP Opposition in Persien 5.8.79

mb. Das revolutionäre Persien scheint an einem Wendepunkt angelangt zu sein. Der sich seit der Machtübernahme durch Khomeini abzeichnende Konflikt zwischen den orthodoxen Moslems und den linken Kräften, die ein taktisches Bündnis mit den schiitischen Führern zur Beseitigung der Schah-Herrschaft eingegangen waren, ist anscheinend offen entbrannt. Am Sonntag war es erstmals seit der Rückkehr des Ayatollah Khomeini wieder zu Straßenschlachten in Teheran gekommen. Wohl gab es keine Toten, aber die Zahl der Verletzten war offenkundig groß. Wenn die Regierung die Zusammenstöße als Folge einer ausländischen Verschwörung bezeichnet, so sucht sie entweder nach Sündenböcken, weil sie die Probleme nicht beherrscht, oder sie ist tatsächlich mit ideologischer Blindheit geschlagen. Beides wäre gleich schlimm, weil dann ein sachlicher Abbau der Gegensätze nicht zu erwarten wäre.

Es kann nicht übersehen werden, daß Persien in eine neue Phase der Gewaltherrschaft abzugleiten droht. Wenn die blutige Revolutionsjustiz dafür kein Beweis sein sollte, die die Vertreter des alten Regimes trifft, so muß doch zumindest die Verfolgung und Gängelung gemäßiger Kräfte zu denken geben,

die sich in den Dienst der Revolution gestellt hatten, deren radikale Entwicklung aber nicht mitvollziehen wollen. Dabei handelt es sich vor allem um die laizistischen demokratischen Kräfte, die sich an der Farce zur Wahl des Verfassungs-Prüfungsausschusses nicht beteiligen mochten, in dem nun folgerichtig nach massiver Wahlbeeinflussung die Mullahs die erdrückende Mehrheit haben. Der gestern ausgestellte Haftbefehl gegen einen Führer der National-Demokratischen Front spricht eine deutliche Sprache, ebenso die Knebelung der Presse, die Schließung der Zeitung „Ayandegan“, die Verhaftung ihrer Redakteure. Die Beseitigung der Pressefreiheit steht stets am Anfang autoritärer Regime, wenn sie ihre Schwierigkeiten nicht zu meistern vermögen. Je mehr diese zunehmen, um so mehr steigert sich auch offensichtlich die Intoleranz der neuen Machthaber, die als religiöse Fanatiker Kritik ohnehin nicht sonderlich zugänglich sind.

Auf eine wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung reagiert das neue Regime mit übertriebener Härte, wie die Zusammenstöße in Teheran zeigen. Dabei wirkt sich der Dualismus zwischen Regierungsorganen und den auf den Schiitenführer Khomeini hörenden revolutionären Komitees weiterhin verhängnisvoll aus. Gewiß erscheint es müßig, über einen baldigen Sturz Khomeinis zu spekulieren, wie es der vertriebene Ministerpräsident Bachtiar jetzt getan hat. Aus der jetzigen Repressionswelle kann jedoch sehr wohl ein neuer Aufruhr entstehen.

Süddeutsche Zeitung 4/5.8.79

arbeitung soll die Bevölkerung in einem Referendum über die Verfassung entscheiden. Noch in diesem Jahr sind dann auch Präsidenten- und anschließend Parlamentswahlen vorgesehen. Zwischen dem Rat der Stadt Marivan und der Regierung in Teheran ist kein Abkommen geschlossen worden, erklärt ein kurdischer Sprecher in der Hauptstadt der Provinz Kurdistan, Sanandadsch. Presse- und Rundfunkmeldungen, denen zufolge ein Abkommen zwischen der seit zehn Tagen von ihren Einwohnern aus Protest gegen die Anwesenheit von „Wächtern der Revolution“ verlassenen Stadt Marivan und der Regierung geschlossen worden sei, werden in kurdischen Kreisen kategorisch dementiert.

Milizionäre bewachen Wahlurnen im Iran

Teheran: Starke Beteiligung an der Bestimmung der Verfassungsexperten

Teheran (dcp) Ohne größere Zwischenfälle verlief die Wahl der Verfassungsexperten im Iran, die den Entwurf des neuen Grundgesetzes begutachten und über etwa 1000 Änderungsvorschläge zu den 150 Artikeln entscheiden sollen. Teilergebnisse dieser ersten Wahl seit dem Referendum für die Islamische Republik (Ende März) wurden erst für den heutigen Samstag erwartet. Rund 8 Millionen Stimmberechtigte sollten 75 Experten wählen. Mehr als 50 Prozent der Kandidaten er von Schiitenführer Khomeini geführten Partei der Islamischen Republik sind moslemische Geistliche. Ihnen werden die größten Chancen bei dieser Wahl eingeräumt.

In Teheran bewarb sich auch Ayatollah Talegani, der mehrfach gegen Praktiken der Khomeini-Milizen protestiert hatte, um ein Mandat. Auf dem Universitätsgelände hatten sich Tausende von Persern eingefunden, um Gebeten von Taleghani zuzuhören. Wie Khomeini im Rundfunk erklärte, hätte in der Universität eine „gewisse Gruppe“ versucht, Unruhe zu stiften. „Volksmilizionäre nahmen drei „Verdächtige“ fest.

Wiewohl am Freitag jegliche Wahlpropaganda gesetzlich verboten war, erklärte Khomeini in einem Appell, die Feinde des Islam im In- und Ausland hätten eine brunnenvergifteterische Propaganda eingeleitet. Dadurch solle der Eindruck erweckt werden, daß die Bevölkerung der „Iranischen Republik“ überdrüssig sei. „Liebe militante Moslem-Nation Iran, ich erwarte von Euch allen, daß Ihr diesen Leuten einen schweren Schlag versetzt... schützt den Islam und Euer islamisches Land, drängt Euch an die Wahlurnen“, sagte Khomeini.

Der Staatsrundfunk meldete aus dem ganzen Land eine starke Wahlbeteiligung. Die Abstimmungsplätze, von Moscheen über Sanitätszelte bis hin zu Tischen unter freiem Himmel, wurden von Milizionären mit Maschinengewehren und automatischen Gewehren bewacht. Teils waren Zufahrtsstraßen aus Sicherheitsgründen gesperrt worden.

Analphabeten, die im Gegensatz zur Schahzeit ebenfalls wählen durften, ließen sich die Abstimmungszettel von Freunden oder Bekannten ausfüllen. Wer seine Kandidaten aufgeschrieben hatte, erhielt einen Stempel zur Kontrolle in den

Personalausweis. In der Stadt kursierten Flugblätter, auf denen die Empfehlung Khomeinis, Vertreter des Islam zu wählen, in einen „Befehl“ umgemünzt war und zehn bestimmte Kandidaten genannt wurden. Manche hatten dieses Flugblatt in der Tasche, um es im Wahllokal zu übertragen. Aus Protest gegen die nach ihrer Auffassung undemokratischen Wahlbedingungen hatten die moslemische „Volksrepublikanische Partei“, die „Nationale Front“ und 13 weitere Gruppierungen ihre Kandidaten zurückgezogen. Die umstrittensten Punkte des vorliegenden Entwurfs sind die starke Stellung des Präsidenten, die nur beschränkt vorgesehene Selbstverwaltung für die ethnischen Minderheiten und die Festbeschreibung des Islam schiitischer Richtung. Die iranischen Minoritäten, wie die Kurden, sind mehrheitlich Sunniten. Nach der Über-

Gehen die Linken in den Untergrund

Nach den Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der weltlichen Linken und militanten Islamern in den letzten drei Tagen in Teheran hat die iranische Regierung am Dienstag ein allgemeines Demonstrationsverbot erlassen. Die linke organisationsunabhängiger Tageszeitung „Peygham Emruz“ ist am Dienstag und Mittwoch aus dem Untergrund erschienen. Die Mitarbeiter wollen sie auch weiterhin herausgeben, teilte deren Korrespondent in der BRD der Taz mit. Der inzwischen verhaftete Chefredakteur der „Peygham“ hat die Redakteure aufgefordert, sich nicht durch diese Verhaftung von ihren Plänen abbringen zu lassen. Auch andere Zeitungen wie die satirische „Ahangar“ und diejenigen von einigen linken Organisationen (u.a. den Volksfedayin und der national-demokratischen Front) sollen aus dem Untergrund heraus erscheinen. Diese illegalen Zeitungen sollen durch Anhänger der linken Organisationen (außer der kommunistischen Tudeh-Partei, die sich noch bei der Regierung einschmeicheln will) weiterhin auf der Straße verkauft werden. Das sind die Pläne.

Teheran, 15.8. (afp/rtr/taz). Aus dem an klingen immer massiver leider zu bekannte Formulierungen: die iranische Regierung hat am Dienstag ihre Entschlossenheit bekräftigt, jeglichen Versuch einer illegalen Demonstration auf offener Straße zu brechen. Und für legal sind inzwischen vorsorglich alle Demonstrationen erklärt worden. Am Dienstagmorgen verbreitete der Staatsfunk in einer Sondermeldung ein allgemeines Demonstrationsverbot. Innenminister Sabbaghian appellierte über den Sender an die Bevölkerung nicht an nichtgenehmigten Protesten teilzunehmen, weil „antirevolutionäre Kräfte die Unruhe im Landesü sich ausnutzen wollten“. Die Khomeini-Miliz „Wächter der Revolution“ und die Armee seien angehalten ohne Brutalität für die „Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung zu sorgen“. Die Volksfedayin kündigten nach dem Demonstrationsverbot an, sie werden bis auf weiteres zu keinen Protestveranstaltungen mehr aufrufen. In Anbetracht der von Reaktionen geschaffenen herrschenden Atmosphäre und aus Respekt vor den Tradi-

in deren Dienstagsausgabe berichtete, hat sich die Bevölkerung Teherans am Sonntag oftmals nicht abweisend gegenüber den Demonstranten verhalten, sondern vielfach - wie es während der Anti-Schah-Demonstrationen üblich war - die Türen ihrer Häuser geöffnet, damit Demonstranten sich vor Steinwürfen in Sicherheit bringen konnten. Der Korrespondent berichtet auch von einem Anhänger der Mudjaheddin, der den Protestzug vom „Bürgersteig“ aus verfolgte und betroffen von den gewaltsamen Auseinandersetzungen sichtlich „hin und her gerissen wurde zwischen seinen Sympathien für die Linke und seine Bekenntnis zum Islam“. Nachdem ihm Demonstranten zum Vorwurf machten, daß seine Organisation sich passiv verhalte, habe er sich in die wenig überzeugende Rhetorik geflüchtet. „Aber seht ihr denn nicht, daß die Unruhestifter vom Kapitalismus und Imperialismus gekauft sind?“

ies erinnert sowohl an die Argumentation der Regierung („aus dem Ausland gekaufte antirevolutionäre Kräfte“) als auch an die Parolen der militan-

ten Islamern: „Nieder mit Israel, nieder mit den Zionismus“. Die Verlängerung dieser Verschwörungstheorien sind ein Stück direkter: „Tudeh-Leute und Fedayin - die Revolution wird euch hängen!“ Oder „Tod den atheistischen Kommunisten“. Am Sonntag waren dies alles Parolen.

-thoheit

Tageszeitung
16. 8. 79

- 17 -

Verhaftungswelle im persischen Kurdistan geht unvermindert weiter

Zahlreiche Todesopfer bei Kämpfen in der Stadt Paveh

Teheran (AP/dpa/ddp). Die von den Spezialtruppen des Ayatollah Khomeini als „Säuberung“ deklarierten Verhaftungswellen in der persischen Provinz Kurdistan gehen unvermindert weiter. Allein in der Stadt Saandadji sind innerhalb der letzten 24 Stunden mehr als 100 Oppositionelle verhaftet worden. Unterdessen hat das sowjetische KP-Organ „Prawda“ in ungewöhnlicher Schärfe die persische Regierung wegen ihrer Unterstützung der Moslem-Rebellen in Afghanistan kritisiert.

Nach einem gestern veröffentlichten Bericht der persischen Tageszeitung „Islamische Republik“ gehören zu den Verhafteten die Mitglieder der pro-sowjetischen Tudeh-Partei, der verbotenen „Demokratischen Partei des persischen Kurdistan“, der marxistischen „Fedayin el Khalo“ und anderer politischer Organisationen. Nach Angaben des Blattes stehen die Truppen Khomeinis, die in Kurdistan den Aufstand blutig niedergeschlagen haben, unter dem Kommando des für Revolutionsangelegenheiten zuständigen stellvertretenden Ministerpräsidenten Tchamram.

Bei verschiedenen Razzien in den Büros der Oppositionellen seien gefälschte Ausweise und andere Dokumente sowie „Waffen aller Art“ gefunden worden. Darüber hinaus hätten die „Hüter der Revolution“ mehr als 2000 Flaschen Whisky vernichtet, schreibt die Zeitung.

Möglicherweise Großoffensive

Wie gestern aus kurdischen Kreisen verlautete, bereiten sich die Truppen Khomeinis in einer Großoffensive zum Angriff auf Mahabad vor. Dort hat sich der Widerstand der Kurden konzentriert. Die Einheiten der Luftwaffenbasis Kermanchar sind angewiesen worden, flüchtende Kurden auch über die Grenze zum Irak zu verfolgen. Das erklärte der Stütz-

punktcommandant, Obert Saadi, in einem Gespräch mit der Teheraner Zeitung „Keyhan“.

Nach Angaben des staatlichen Rundfunks forderten die Kämpfe in der Kurdenstadt Paveh am Dienstag und Mittwoch über 70 Todesopfer, darunter 60 Kurden und elf „Hüter der Revolution“. Neben der Verhaftungswelle, der auch Studenten und Intellektuelle zum Opfer fielen, werden in der Provinzhauptstadt Saandadji weitere 100 Kurden in der Moschee der Stadt festgehalten.

Berichte, wonach die persische Armee bereits die gesamte Provinz unter Kontrolle habe, wurden gestern von den Kurden zurückgewiesen. Nach ihren Angaben beherrschen die Khomeini-Soldaten nur Saandadji. Nach Korrespondentenberichten kommt es immer wieder zu Exekutionen, bei denen kurdische Aufständische erschossen werden.

Ultimatum gestellt.

Ein Drei-Punkte-Ultimatum haben die Kurden gestern der persischen Regierung gestellt. Wie aus Kurdenkreisen bekannt wurde, fordern sie die sofortige Freilassung sämtlicher während der vergangenen Tage von den persischen Sicherheitskräften verhafteten Kurden. Sie hätten zahlreiche „Wächter der Revolution“ in ihrer Gewalt. Für jeden hingERICHTETEN Kurden drohten sie den Tod eines ihrer Gefangenen an.

Außerdem verlangen die Kurden die sofortige Zurückberufung des von Ayatollah Khomeini zum Vorsitzenden der islamischen Gerichte in den kurdischen Provinzen ernannten Ayatollah Kahlkhali. Wie die Kurden weiter mitteilten, hätten sie in Gegenwart von Regierungsvertretern 311 „Wächter der Revolution“ freigelassen, während noch hunderte von kurdischen Intellektuellen und Studenten gefangengehalten würden.

Tagespiegel 23.8. 79

Massiver Militäreinsatz in der persischen Provinz Kurdistan

Khomeini hatte Mobilmachung angeordnet — Politische Organisation der Kurden verboten — Fahndung nach den Führern der Minderheit

Teheran (AP/dpa/ddp). Die Lage im persischen Teil Kurdistans war gestern weiter unruhig. Nach der von Schiitenführer Ayatollah Khomeini am Vortag befohlenen Generalmobilmachung gegen die Aufständischen trafen frische Kampfverbände in der Provinz. Nach Angaben der Teheraner Zeitung „Ettelaat“ haben Aufhänger der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP), die am Wochenende verboten wurde, mehrere Ortschaften in der Kurdenregion überfallen. In Teheran wurde das Verbot weiterer Zeitungen und Organisationen, darunter die kommunistische Tudeh-Partei, bekanntgegeben.

Nach den vorliegenden Berichten haben die Kurden inzwischen auch auf den Westen der Provinz Aserbeidschan übergegriffen, wo es viele Kurden leben. Im Westen der Provinz sollen bewaffnete kurdische Kommandos eine Reihe von Angriffen unternommen haben. Die dort stationierten Truppen wurden in den meisten Fällen in den Kampf verwickelt. In Sendtschan nördlich von Hamadan trieben Aufständische 70 Kurdenmilizen, die sich auf dem Weg nach Norden befanden, in die Flucht. Khomeini rief gestern die rebellierenden Kurden auf, sich loyal zur islamischen Regierung zu verhalten. Die Republik mache keinen Unterschied zwischen der sunnitischen und der schiitischen Glaubensrichtung des Islams. Die meisten Kurden sind im Gegensatz zur Mehrheit der übrigen Bevölkerung sunnitisch.

Am Sonnabend hatte Khomeini in einer Fernsehansprache eine Kriegserklärung an die Kurden in der Provinz ausgesprochen. Die Zerschlagung der Erhebung in der Provinz wurde von der irakischen Grenze entfernt. Dort hatten bewaffnete Kurden am vergangenen Donnerstag in mehreren Kämpfen auf beiden Seiten der irakisch-persischen Grenze reguläre Armeen überrannt und sich in der Stadt verfestigt.

Die Drohung Khomeinis, der sich als „Oberster Befehlshaber der Streitkräfte“ bezeichnete, mit Repressalien gegen die Kurden und Polizeiführung für den Fall einer Rebellion in Paveh nicht innerhalb

von 24 Stunden niedergeschlagen sei, waren starke Kampfverbände mit Luftunterstützung in die Stadt eingerückt. Angesichts der Übermacht der Regierungstruppen gerieten die kurdischen Rebellen nach vorliegenden Berichten in die Defensive und flüchteten in die Berge.

Bereits vor dem dramatischen Aufruf Khomeinis war von der Teheraner Regierung die Kurdische Demokratische Partei (KDP) verboten worden und die Fahndung nach ihrer Führung eingeleitet worden. Den Parteifunktionären soll wegen Anstiftung zum Aufruhr der Prozess gemacht werden. Am Sonntag begann auch die blutige Abrechnung mit den vermeintlichen Urhebern des Kurdenaufstandes. Elf angebliche Unruhestifter wurden der amtlichen Nachrichtenagentur Pars zufolge im Schnellverfahren zum Tode verurteilt und anschließend sofort hingerichtet.

In seiner gestrigen Erklärung übte das Schiitenoberhaupt scharfe Kritik an dem seit Sonnabend offenbar im Untergrund lebenden religiösen Kurdenführer Scheich Hosseini. Er nannte ihn unter anderem korrupt und forderte die Kurden auf, die Regierung dabei zu unterstützen, den Scheichs und der gesamten ebenfalls geflüchteten KDP-Führung habhaft zu werden. Die aufgelöste politische Organisation der Kurden nannte Khomeini „die Partei des Teufels, die im Bunde mit den Vereinigten Staaten und dem internationalen Zionismus ist“.

Fortsetzung Seite 5, Spalte 4 und 5

Militäreinsatz gegen die Kurden

Fortsetzung von Seite 1

In Teheran fanden gestern emotionsgeladene Gedenkveranstaltungen für die bei den erbitterten Kämpfen in der Stadt Paveh ums Leben gekommenen Milizionäre statt. Die Basare der Stadt blieben geschlossen. Ein Sprecher der Regierung erklärte im Rundfunk, der Betrieb ruhe aus Protest gegen die Kurden begangenen Greuelthaten.

Der stellvertretende Polizeichef in der unweit von Paveh gelegenen Garnisonstadt Kermanschah erklärte, 500 der schätzungsweise 1000 kurdischen Angreifer seien getötet worden.

Die staatliche Nachrichtenagentur Pars meldete am Sonntag, bewaffnete Kurden hätten in mehreren Ortschaften und revolutionäre Garisone in der Provinz überfallen und ein ganzes Arsenal erbeutet. Dabei seien den Aufständischen unter anderem Panzerabwehrwaffentillerieschütze und Granatwerfer in die Hände gefallen. Demgegenüber erklärte der Gouverneur von Sanandaj, Schakier, die Stadt sei alles ruhig.

Der kurdische Rebellenführer appellierte in einer in Genf herausgegebenen Erklärung an UNO-Generalsekretär Waldheim, den Ökermord durch persische Regierungen an der kurdischen Bevölkerung zu beenden.

Der Chefankläger der islamischen Gerichte in Persien wies gestern „alle Gruppenparteien“ im Lande an, die in ihrem Besitz befindlichen Waffen abzuliefern und die Februar-Revolution besetzten öffentlichen Gebäude sofort zu räumen. Wer der Forderung nicht nachkomme, werde verhaftet. In der ersten Linie betroffen von diesem Dekret sind die beiden Guerillaorganisationen der „Ferdowsi“ und „Madschahedin“, die ihren

Kampf gegen das Schahregime vor zehn Jahren aufgenommen haben.

In Teheran, in der Stadt Kermanschah und in der zweitgrößten Stadt Isfahan sind gestern nach Standgerichtsverfahren acht Menschen von Erschießungskommandos hingerichtet worden. Wie Radio Teheran meldete, wurden in Kermanschah zwei Kurden für schuldig befunden, für das Regime des gestürzten Schahs gearbeitet zu haben und exekutiert. In Isfahan wurden Todesurteile gegen zwei Polizisten vollstreckt, die im Verlauf der schahfeindlichen Unruhen im Winter Demonstranten erschossen haben sollen. Je ein Brigadegeneral der Streitkräfte und der Polizei, ein Polizist und ein Armeeleutnant wurden in Teheran hingerichtet.

Aus den Großstädten Schiras und Isfahan wurden gestern Bücher- und Zeitungsverbrennungen bekannt. In Schiras griff eine Demonstrantengruppe Buchläden an und verbrannte dort Bücher, berichtete die Nachrichtenagentur Pana. Auch aus Isfahan meldete sie ähnliche Vorfälle. In Teheran wurden insgesamt 19 Zeitungen und Zeitschriften verboten. Auch aus der Stadt Yazd wurde die Zwangsschließung einer Zeitung und die Festnahme ihrer Herausgeber bekannt.

Bachtiar erwartet Khomeinis Sturz

Paris (AP). Der letzte vom Schah eingesetzte Ministerpräsident Bachtiar hat in einem Interview mit der französischen Nachrichtenagentur AFP den Sturz des Regimes von Ayatollah Khomeini bis Januar vorhergesagt. Außerdem beschuldigte er Khomeini, eine ebenso brutale Diktatur errichtet zu haben wie seinerzeit der Schah. „Was in diesen Tagen in Persien vorgeht, zeigt, wie blutig und antipersisch Khomeini ist“, erklärte Bachtiar.

Tagesspiegel 21.8.79

Irans Revolution Tageszeitung 22.8.79

Kommunistische Partei (Tudeh) und 20 Zeitungen verboten

Die Verbotliste im Iran wurde am Montagabend und Dienstag leider erwartungsgemäß erweitert: als zweite Oppositionspartei wurde die Moskau-orientierte kommunistische Tudeh-Partei sowie weitere 20 Zeitungen verboten. Gleichzeitig erklärte der iranische Wirtschaftsminister Ali Ardalan, daß die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem Iran und der EG schnell weiter ausgebaut werden sollten. Er sei mit maßgeblichen Vertretern der EG während seiner Reise nach Brüssel übereingekommen, daß die „Diskriminierungen“ eingetilt würden, denen der Iran in seinen wirtschaftlichen Beziehungen ausgesetzt sei. Der Generaldirektor der „Iran Air“ erklärte am Montag in Teheran, daß seine Fluggesellschaft entgegen anderslautenden Berichten an der Bestellung von 6 Maschinen des Großraumflugzeuges „Airbus“ festhalte. Während die Kämpfe in Kurdistan nach offiziellen Meldungen abgeflaut seien - die Grenze zur Türkei wurde bereits wieder geöffnet - sollen nach Mitteilung des afghanischen Rundfunks auch die Turkmenen im Nordosten Irans den „bewaffneten Kampf gegen die iranische Zentralregierung“ aufgenommen haben.

Der geistliche Führer der Kurden, Scheich Hussein, wird inzwischen beschuldigt, mit dem Sawak zusammengearbeitet zu haben. Oppositionelle Kreise aus Teheran raten aber zur Vorsicht vor solchen „Dokumenten“, die jetzt plötzlich veröffentlicht werden. Außerdem weisen sie auf den bemerkenswerten Umstand hin, daß solche Beschuldigungen sich in der letzten Zeit nur auf die Zusammenarbeit mit Israel (z.B. gegenüber der verbotenen Zeitung „Peygham Emrouz“) oder mit dem Sawak beziehen, aber immer weniger eine Zusammenarbeit mit der USA vorgeworfen wird. Dies ließe darauf schließen, daß die Vorwürfe gegen die USA langsam abgebaut werden sollen, um deren schlechtes Bild bei der Bevölkerung nicht noch zu verstärken, sondern eher zu verbessern: als Vorbereitung für zukünftig wieder bessere Beziehungen zu den USA.

Teheran, 21.8. (afp/rtr). Die auflagenstärkste iranische Wochenzeitschrift „Djavanan“ (Die Jugend, Auflage 400.000) ist am Montag auf Anordnung des Staatsanwalts der islamischen Revolution geschlossen worden.

Wie der Chefredakteur der Zeitschrift, Mehdi Etemadi, ein bei der iranischen Jugend sehr bekannter Romancier, mitteilte, ist von den Behörden keinerlei Erklärung für diese Maßnahme abgegeben worden. „Djavanan“ gilt als apolitische Zeitschrift und widmete sich bisher hauptsächlich Jugendfragen. Sie gehört zu den Publikationen des Verlagshauses „Etelaa“.

Insgesamt sind am Montag im Iran auf Anordnung des „revolutionären Staatsanwalts“, - der manchmal auch „islamischer Staatsanwalt“ genannt wird -, Ayatollah Azari Qomi, 20 oppositionelle Zeitungen verboten worden, u.a. die Organe der kommunistischen Tudeh-Partei, der marxistische orientierten Guerilla-Gruppe Volks-Fedajin und der nationaldemokratischen Front - außerdem eine türkischsprachige Zeitung, der Beleidigung Khomeinis in einer Karrikatur vorgeworfen wurde. Die Verbote wurden mit der „Notwendigkeit“ begründet, Artikel, die „die öffentliche Ordnung stören und gegen die Regierung der islamischen Republik gerichtet sind“ aus dem Verkehr zu ziehen.

Oppositionszeitungen im Ausland

Paris, 20.8. (rtr). In Frankreich sind am Montag zwei von der iranischen Opposition herausgegebene Zeitungen erschienen, in denen das inoffizielle Staatsoberhaupt des Iran, Ayatollah Ruhollah Khomeini, angeklagt wird, ein Ein-Parteien-System zu errichten und die Meinungsfreiheit abzuschaffen. Eines der achtseitigen Oppositionsblät-

ter trägt den Namen „Nameh Kouz (Der tägliche Brief) und wird in persisch gedruckt. Ziel des Blattes ist die Information der Iraner im Landes selbst und im Ausland. Das andere Blatt namens „Iran Libre“ (Freies Iran) erschien in französisch. Es setzt sich für den gestürzten Schah ein

Kommunistische Tudeh - Partei verboten

Teheran, 21.8.(rtr/afp) Als zweite Oppositionspartei Irans ist am Montag die Moskau-orientierte kommunistische Tudeh-Partei verboten worden, obwohl sie sich in den letzten Wochen mit jeglicher Kritik an der Regierungspolitik und gegenüber Khomeini sehr zurückgehalten, bzw. diese sogar verteidigt hatte. Die Tudeh-Partei hatte sich z.B. nicht an der Demonstration gegen die Pressezensur Sonntag vor 1 Woche beteiligt.

Der Parteisekretär Kianuri hatte noch am Montag Abend entsprechende Meldungen als Gerüchte bezeichnet, allerdings hinzugefügt, er werde die Hauptstadt „für einige Tage verlassen“. Am Montagabend haben die Behörden dann die Büroräume schließen und die Türen versiegeln lassen.

Aus Parteikreisen verlautete, ein Trupp von 20 Revolutionsgardisten habe die Büroräume nahe der Universität am Montagabend besetzt. Alle Unterlagen seien jedoch in Sicherheit gebracht worden, nachdem sich Schiitenführer Ayatollah Khomeini am Wochenende für einen Einparteienstaat ausgesprochen hatte.

Und das dritte Partei-Verbot kündigt sich ebenfalls an: Am Montag stürmten revolutionäre Gardien die Büros der Nationaldemokratischen Front (NDF) sowie die Wohnung des Vorsitzenden Matine Daftari. Die Büroräume waren bereits am Wochenende geräumt worden, nachdem die Behörden einen Haftbefehl gegen Daftari ausgestellt hatten. Er wurde für die Unruhen vor einer Woche in Teheran verantwortlich gemacht.

Der früher in der BRD lebende Schriftsteller und Wissenschaftler Bahman Nirumand gehört ebenfalls dem Vorstand der Nationaldemokratischen Front an.

Weitere Kurden hingerichtet

Wegen Beteiligung an einem „Krieg gegen Gott und seine Vertreter“ sind am Dienstagmorgen dreizehn Mitglieder der am Wochenende verbotenen Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) im Paveh hingerichtet worden. Das Urteil sprach nach einer Meldung des Staatlichen Rundfunks in Teheran der von Schiitenführer Ruhollah Khomeini zur Untersuchung der jüngsten Kämpfe zwischen Kurden und regierungstreuen Einheiten entsandte Ayatollah Sadeq Khalkhali. Er rühmte sich vor kurzem öffentlich, seit der Revolution mehrere Hundert Todesurteile gefällt zu haben.

Nach einem Bericht der Teheraner Zeitung „Islamische Republik“ wurden außerdem in Kermanshah fünf Männer wegen Beteiligung an den Unruhen in Paveh hingerichtet. Insgesamt sind damit seit dem Wochenende 25 Personen im Zusammenhang mit dem Kurdenaufstand hingerichtet worden.

„Die Iranischen Kurden werden den Kampf um ihre legitimen Rechte weiterführen, auch wenn er sich noch über 50 Jahre hinziehen sollte“, erklärte am Montag der religiöse Führer der Iranischen Kurden, Scheich Ezzeddine Hussein.

Die Drohungen der Iranischen Regierung und insbesondere des Ayatollah Khomeini, fürchte er nicht, erklärte der Scheich weiter. Regierungsfeindliche Manifestationen und Protestaktionen gegen den Ayatollah Khomeini betrachte er indessen als schädlich für die Kurdische Sache.

Nach Angaben des Teheraner Kurdenverbandes findet zur Zeit im Iran eine Verhaftungswelle unter den Iranischen Kurden statt, von der insbesondere Intellektuelle und „KDP-Mitglieder betroffen sind.“

Fünf weitere ausländische Journalisten ausgewiesen

Nachdem bereits in den letzten Wochen sechs Auslandskorrespondenten, vor allem von US-Medien (u. a. „Newsweek“) aus dem Iran ausgewiesen worden waren, sollen fünf weitere Journalisten das Land verlassen. Am Dienstagmorgen wurde die Ausweisung des französischen Journalisten Jerome Dumoulin von dem Wochenmagazin „L'Express“ bekanntgegeben.

Das Informations- und Propagandaministerium in Teheran begründete den Schritt als Reaktion auf einen kürzlich von dem Magazin veröffentlichten Artikel über das innenpolitische Geschehen im Iran, der als „Beleidigung der Revolution und des Volkes des Iran“ empfunden wurde.

Wenige Stunden später teilte die Regierung die Ausweisung vier weiterer Korrespondenten, darunter zweier Deutscher, mit. Die Namen der beiden deutschen Journalisten, die sich zu Recherchen in der Provinz aufhielten, wurden nicht bekanntgegeben. Sie seien zur Bekanntgabe der Ausweisungsverfügung nach Teheran beordert worden. Bei den beiden anderen ausgewiesenen Journalisten handelt es sich um den Korrespondenten der britischen Rundfunkanstalt BBC, Towyn Mason, und dessen Kollegen Andrew Whitley von der Londoner „Financial Times.“

Die BBC war während des Kampfes gegen den Schah einer der wichtigsten Informationsträger, da ihre Sendungen, die im Iran gut empfangen werden können, die einzige Möglichkeit darstellten, über den Kampf gegen die Regierung unzensuriert zu werden. Vielleicht hat die heutige Regierung daraus gelernt?

20 Menschen bei Massenhinrichtung in kurdischer Stadt erschossen

Auf Anordnung des Ayatollah Khalkhali — Elf Exekutionen am Vortag

Teheran (dpa/AP). Als Chefrichter eines islamischen Revolutionstribunals hat der persische Geistliche Ayatollah Khalkhali in der kurdischen Stadt Sakis gestern 20 Perser hingerichtet lassen. Darunter sind nach einer Meldung der Teheraner Nachrichtenagentur Pana neun Offiziere der Armee und der Gendarmerie, die elf exekutierte Kurden in „anti-revolutionäre Aktivitäten“ verwickelt gewesen seien.

Wie die Teheraner Zeitung „Ettelaat“ meldete, wurden die Offiziere für schuldig befunden, den Dienst verweigert und damit mit den Aufständischen zusammengearbeitet zu haben. Die nicht näher identifizierten hingerichteten Kurden gehörten vermutlich zu den etwa 300 Personen, die in Sakis nach der Besetzung der Stadt am Wochenende durch die Armee festgenommen worden sind. Schützenführer Ayatollah Khomeini hatte Angehörigen der Armee schwere Strafen bei Ungehorsam angehängt.

Bereits am Vortag waren auf Veranlassung Khalkhalis in der Hauptstadt der Provinz Kurdistan, Sanandaj, elf Todesurteile verhängt und umgehend vollstreckt worden. Außer einem ehemaligen Gendarmerie-Chef und dem früheren stellvertretenden Leiter des Geheimdienstes Savak wurden neun Männer ein Erschießungskommando gestellt, die wahrscheinlich ebenfalls Kurden waren. Die Strafen wurden wegen „Massaker an Revolutionären, Verbrechen am Volk und Ungehorsam gegen Gott“ verhängt, wie es im islamischen Staatsrundfunk hieß.

Radio Teheran meldete außerdem eine Hinrichtung wegen Vergewaltigung in der Stadt Qazvin. Schließlich meldete die Zeitung „Fard“ „unmoralisches Treiben“, bei dem die Kurden eine Rolle gespielt hätten, habe ein

Revolutionstribunal in Teheran veranlaßt, zwei Männer hingerichten zu lassen. Damit sind in Persien seit dem Umsturz im Februar nach nichtoffiziellen Zählungen 545 Männer und Frauen exekutiert worden.

Unterdessen hat zur Beilegung der bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in den Kurdengebieten eine Delegation aus der früheren Kurdenhauptstadt Mahabad der Teheraner Regierung einen Friedensplan vorgelegt, wie die „Tehran Times“ berichtete. Die Delegation des revolutionären Stadtrates von Mahabad habe eine sofortige Feuereinstellung, die Rückberufung von Ayatollah Khalkhali und eine Konferenz über das Kurdenproblem vorgeschlagen. Reaktionen der Regierung darauf lagen nicht vor. Wie es im Staatsrundfunk hieß, hat Schützenführer Khomeini einen Vertreter für Kurdistan benannt, der sich um Frieden und Lösung der Probleme bemühen soll. Er sei bevollmächtigt, mit allen Gruppen zu sprechen. Ausgenommen seien „Anti-Revolutionäre“. Mit diesen dürfe nicht verhandelt werden. Sie seien zu vernichten.

„Kayhan“ schrieb gestern, wegen der Blockade von Zufahrtsstraßen nach Mahabad seien dort wichtige Versorgungsgüter knapp geworden. Die dort die Kontrolle ausübende für illegal erklärte Demokratische Partei Kurdistans (DPK) halte 200 Angehörige der Volksmilizen gefangen. Der Gouverneur von Westaserebeidschan, Haghgou, bezeichnete die Städte Mahabad, Piranshar, Sardasht und Bahman nach Pressemeldungen als „Krisengebiete“. Er hoffe auf eine friedliche Lösung, doch seien die Streitkräfte der islamischen Republik stark genug, um die Situation „mit anderen Mitteln“ unter Kontrolle zu bringen.

Inzwischen wurden starke persische Truppenverbände etwa 35 Kilometer nördlich von Mahabad für einen Angriff auf die von den Kurden gehaltene Stadt zusammengezogen. Auch Tausende von Kurden sollen in den letzten Tagen nach Mahabad gekommen sein, um die Verteidiger zu stärken.

Etwa 5000 in der Osttürkei lebende Kurden haben sich nach einem Bericht der unabhängigen Istanbuler Zeitung „Hürriyet“ bisher in ihren jenseits der Grenze gegen die persische Zentralregierung kämpfenden Stammesbrüdern angeschlossen. Das Blatt berichtete gestern, die Freiwilligen erhielten ein Monatsgeld von 60 000 Lira (etwa 2500 DM) und würden dann von der kurdischen Separatistenorganisation Kawa über die Grenze geschleust. Auf demselben Wege gelangten auch Waffen aus der Osttürkei in die Hände der persischen Kurden.

Der persische Regierungssprecher Tabatabai erklärte gestern in Teheran, im Kurdengebiet seien kürzlich vier israelische Staatsbürger festgenommen worden, die dort Spionageaufträge ausgeführt hätten. Dies beweise, daß die Zionisten den Plan haben, ein neues Israel in Westpersien zu errichten.

Tabatabai sagte ferner, die Regierung sei bereit, auf individueller Basis mit Führern der verbotenen Kurdischen Demokratischen Partei zu verhandeln, nicht aber mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees, Kassemly, und nicht mit dem geistlichen Führer, Scheich Hosseini. Diese beiden Männer seien als Verräter entlarvt worden. Sie hätten in Verbindung mit dem gestürzten Schah-Regime gestanden.

Iran *Tajesspiegel* 29.8.
Regierung 79

verhandelt mit Kurden

Khomeini lehnt Kompromisse ab

Am Montagabend wurde von Kurden in Teheran ein erfolgreicher Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen mitgeteilt, wonach am Dienstag ein Rundfunkaufruf zur Einstellung der Kämpfe erfolgen sollte. Doch stattdessen verbreitete der Rundfunk am Dienstag eine Anordnung Khomeinis an seinen Beauftragten in Kurdistan, Kermani, „die verbrecherischen Rebellen zu vernichten“. Er habe die Mission, „mit der Armee, der Gendarmerie und den religiösen Autoritäten zusammenzuarbeiten, damit die Ruhe in diese Region wieder einkehrt“. Kermani solle Khomeini auch über „die Bedürfnisse der Bevölkerung und die gegenwärtigen Unzulänglichkeiten“ informieren. Regierungskreise hatten kurz zuvor noch einen vorsichtigen Optimismus über die Waffenstillstandsverhandlungen geäußert.

Inzwischen fanden weitere Hinrichtungen im Iran statt. Die Presseagenturen zählten am Dienstag 20 Hinrichtungen - darunter neun Mitglieder der iranischen Armee - durch Khalkhali in der eroberten Kurdenstadt Saqqez, ferner zehn Hinrichtungen in anderen Kurdenstädten wegen „Ermordung bzw. Mittäterschaft dabei“ und ehemaliger SAVAK-Mitarbeit. In Isphahan wurden zwei Frauen wegen Kuppelerei erschossen.

Die die Gruppe Internationaler Marxisten (GIM) mitteilte, wurden Anfang der Woche gegen zwölf Mitglieder der trotzkistischen „Sozialistischen Arbeiterpartei Irans“ Todesurteile ausgesprochen und gegen zwei weitere Mitglieder lebenslange Haftstrafen verhängt. Die Angeklagten waren im Mai und Juni während der Unruhen in Khuzistan in der Erdölstadt Ahwas verhaftet worden. Sie sollen Demonstrationen der arabischen Minderheiten mitorganisiert haben bzw. Flugblätter unter den Erdölarbeitern verteilt haben, in denen gegen die Polizeimaßnahmen protestiert wurde. Die GIM bittet darum, sich bei der iranischen Botschaft in Bonn, sich für das Leben der Verurteilten einzusetzen (5300 Bonn 2). Der Vorsitzende der franz. Sozialistischen Partei, Mitterand, Amnesty International in London sowie eine Gruppe von engl. Labour-Abgeordneten haben sich am Dienstag bereits mit dieser Bitte an die iranische Regierung gewandt.

Das iranische Konsulat in Westberlin ist am Dienstag zum zweiten Mal aus Protest gegen das Vorgehen der iranischen Regierung in Kurdistan besetzt worden. Die Besetzer gehören der Vereinigung kurdischer Studenten in Europa, einer mit der im Iran verbotenen kurdischen demokratischen Partei sympatisierenden Gruppe an. Sie hatten nach eigenen Aussagen von der gestrigen Konsulatsbesetzung einer anderen kurdischen Gruppe nichts erfahren. Die Besetzung verlief friedlich. Es wurden sechs Forderungen überreicht. Unter anderem: sofortiger Waffenstillstand, Abzug aller irregulären Kräfte wie Milizen und islamischen Komitees aus Kurdistan, Freilassung aller kurdischen Gefangenen. Ihre Parole: „Demokratie für den Iran, innere Autonomie für Kurdistan.“

Tajesspiegel
29.8.79

Teheran, 28.8. (afp/rtr/taz). Die auf Regierungsseite von Regierungssprecher Tabatabai stellvertretendem Ministerpräsidenten für politische Angelegenheiten Mehdi Tabatabai geführten Verhandlungen mit einer Abordnung der kurdischen Stadt Mahabad gingen am Montag in Teheran weiter. Zuverlässigen Kreisen zufolge wurde über einen sofortigen Stopp aller Militäroperationen um Mahabad, die Abberufung des „Vanderrichters“ Ayatollah Khalkhali, der bereits 30 Kurden hingerichten ließ, und die Abhaltung einer Konferenz zur globalen Lösung des Kurden-Problems gebittet. Von Regierungsseite dürfte die Auslieferung der als Verbrecher bezeichneten Kurdenführer und, vor allem, die Ablieferung aller Waffen gefordert werden.

Die Regierungsdelegation nahestehenden Kreise versicherten, die Gespräche liefen in einer Atmosphäre der „Versöhnlichkeit“.

AKTUELLES

Interview mit einem Kurden

Die Taz sprach mit Jemandem, der vor wenigen Tagen aus den umkämpften Provinzen zurückkehrte. Hier das Interview:

Taz: Nach dem Februar hat es zwar in Kurdistan bewaffnete Unruhen gegeben, aber in den letzten Monaten sah es so aus, als ob die Widersprüche politisch gelöst werden könnten. Weshalb sind deiner Meinung nach die Kämpfe wieder ausgebrochen?

Antwort: Ein Grund für das Stillhalten wird die allgemeine revolutionäre Euphorie gewesen sein, die im ganzen Land herrschte. Weiterhin haben die schiitischen Geistlichen, an ihrer Spitze Khomeini, dem Kurdenführer gegenüber Versprechungen gemacht. Vor allem zwischen Sunniten und Schiiten sollte in der neuen iranischen Republik kein Unterschied gemacht werden. Außerdem sollte in der Verfassung die Autonomie Kurdistans verankert werden.

In der nachrevolutionären Zeit wurde aber doch ein Unterschied zwischen den religiösen Gruppen gemacht. Schiitische Führer erklärten, daß zum Beispiel führende Stellungen im Staat (Präsident und Ministerpräsident) nur von Schiiten eingenommen werden könnten.

Nachdem der Verfassungsentwurf bekannt geworden war und darin auch kein Wort von der kurdischen Autonomie und der Autonomie anderer ethnischer Minderheiten enthalten war, bezweifeln die Kurden den Wahrheitsgehalt der Zusagen immer mehr. Hinzu kommt noch, daß immer stärkere Bestrebungen der Schiitenführer, Ämter in Kurdistan mit Nicht-Kurden zu besetzen, sichtbar wurden (Polizei, Miliz). Zum Beispiel wurde bei der Aufstellung der Kandidaten zur verfassungsgebenden Versammlung so getrickelt, daß zwei Schiiten die Kurden-Kandidatenliste anführten und auch gewählt wurden.

Taz: Es wird immer von Rebellen gesprochen, wer kämpft denn tatsächlich auf der kurdischen Seite?

Antwort: Während der Revolution haben sich viele Zivilisten mit den Waffen der eroberten Armeestationen ausgerüstet. Der größte Teil der Bevölkerung ist bewaffnet, vor allem auf den Dörfern. Weiterhin stehen die Volksfedayin, die eine starke kurdische Sektion haben, auch unter Waffen. Zudem gibt es noch nichtkurdische Linke, die in Kurdistan bewaffnet sind. Die demokratische Partei Kurdistans hat angeblich 30 000 Kämp-

fer, nach meinen Informationen aber nur 10 000. Die verschiedenen Kämpfe in den letzten Wochen wurden auch von jeweils unterschiedlichen Gruppen getragen. In den Kampfgebieten, z.B. Pavah und Marivan, war es vorwiegend die Bevölkerung selbst mit Hilfe und unter Anleitung der Fedayin. In Mahabad hat die demokratische Partei Kurdistans ihren Sitz und ist auch militärisch dominierend.

Taz: Gibt es verschiedene Lager in der kurdischen Bevölkerung?

Antwort: Man kann die Bevölkerung etwa in drei Gruppen einteilen. Ein immer kleiner werdender Teil folgt dem Kurden Mostfi Sadeh, es ist die gemäßigte Gruppierung, die langfristig mehr Selbstbestimmungsrechte möchte, sich jedoch nicht zu sehr mit der zentralen Gewalt anlegen will. Mostfi Sadeh war in der Zeit vor der Revolution der einflußreichste kurdische Führer. Seine Popularität und sein Einfluß sind jedoch nach der Revolution immer mehr gesunken, wegen der Nichteinhaltung der ihm gemachten Versprechen und Zusagen und wegen seiner strikten Ablehnung einer Zusammenarbeit mit den linken Kräften. Er wird von weiten Teilen der Bevölkerung nur noch als Statthalter Khomeinis angesehen und verfügt nur noch im Sanandaj über einige tausend Anhänger. Großen Einfluß hat die PDKI, sie verfolgt eine Doppelstrategie. Einerseits politische Bemühungen um die Autonomie Kurdistans, z.B. Beteiligung an den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung (Wahl Ghassem-lous in Mahabad) und andererseits bereitet sie sich auf eine bewaffnete Auseinandersetzung vor. Die Partei hat starken Einfluß vor allem in Nord-Kurdistan und speziell in den Dörfern.

In ganz Kurdistan hat Ezzedin Husseini seine Anhänger. Er ist politisch unabhängig und kein Parteienvertreter. Sein Einfluß beruht hauptsächlich auf seinen politischen Aussagen und seiner persönlichen Ausstrahlungskraft. Seine Bilder hängen in den Geschäften.

Taz: wie beurteilst du die militärische Situation?

Antwort: Die kurdischen Führer haben zum Kampf bis zum letzten Atemzug aufgerufen. Entscheiden wird wohl das Verhalten der keineswegs einheitlichen Armee sein, da sich viele Soldaten und Offiziere weigern gegen die eigene Bevölkerung vorzugehen. Falls Kurdistan militärisch besetzt wird, wird es mit Sicherheit einen lang andauernden Guerilla-Krieg geben.

Die PDKI erklärte dazu, daß dieses Abkommen unannehmbar sei, da die am letzten Freitag von ihrem Generalsekretär Ghassem-lou gestellten Bedingungen nicht eingehalten würden. Ghassem-lou hatte den sofortigen Abbruch aller militärischen Operationen im Gebiet, den Austausch sämtlicher Gefangener, die Einstellung der Hinrichtungen von Kurden, sowie die Abberufung des religiösen Richters Ayatollah Sadeh Khalkhali gefordert. Seit der Ankunft Khalkhalis in Kurdistan sind mindestens 77 Menschen hingerichtet worden.

Die Delegation der Gemeinderäte ist nicht identisch mit der Delegation, die seit Sonntag über ein Abkommen in Teheran verhandelt. Wie der TAZ aus anderen Quellen mitgeteilt wurde, soll die Delegation den Revolutionskomitees Khomeinis nahestehen. Ein Sprecher der PDKI erklärte dementsprechend, daß sich die Kurden weiterhin dem Einzug der Armee in Mahabad widersetzen würden. Mahabad kann als Hochburg der demokratischen Partei eingestuft werden.

Am Mittwochabend war es zu schweren Zusammenstößen im westlichen Azarbaijdschan gekommen, bei deren Verlauf etwa 50 „Hüter der Revolution“ getötet wurden. In derselben Provinz sollen Kurden einen Journalisten der Khomeinizeitung „Die Islamische Republik“ getötet haben.

Die Regierungstruppen haben die Bevölkerung im Norden Mahabads davor gewarnt, Kurdische Guerillas zu unterstützen. Die Armee werde auch die Dörfer angreifen, wenn diese Warnung ausser Acht gelassen werde.

Waffenstillstand mit den falschen Leuten

Teheran, 30.8. (afp/rtr/taz). Eine Einstellung der Feindseligkeiten habe eine Delegation des Gemeinderats und der kurdischen Provinzhauptstadt Mahabad mit der Regierung in Teheran vereinbart. Das meldete die iranische Nachrichtenagentur „Pars“. Danach soll die iranische Armee in Mahabad einmarschieren dürfen, wobei eine Amnestie für die Basis der Demokratischen Partei Kurdistans (PDKI) zugesichert worden

Die Kurden sind Opfer einer Aggression

Tageszeitung 3.9.
79

Im Morgengrauen des 31. März 1947 wurde Qazi Mohammed, der geistliche Führer von Mahabad und Präsident der ersten Kurdischen Republik auf iranischem Boden von iranischem Militär öffentlich gehängt. Die Republik hatte vom Januar bis Dezember 1946 bestanden, auf einem Gebiet, das ungefähr dem der heutigen iranischen Provinz „Kordestan“ entspricht. Die Demokratische Partei Kurdistans, die im August 1945 gegründet worden war, und die die kurzlebige Republik getragen hatte, ging in den Untergrund.

32 Jahre später, im Februar dieses Jahres, hatte die Demokratische Partei Kurdistans, deren Generalsekretär, Dr. Chassemlou unmittelbar nach der Abreise des Schahs ins Exil, in den Iran zurückgekehrt war, zur ersten legalen Konferenz der Partei nach Mahabad gerufen. Die Forderungen - mit wenigen Aktualisierungen, die auf illegalen Parteikongressen im Juni 1971 und September 1973 beschlossen worden waren - der Konferenz sind die gleichen wie 1946: „Autonomie des iranischen Kurdistan innerhalb eines demokratischen Iran“; die Selbstverwaltung der Kurden in einem Gebiet, das nach dem Willen der großen Mehrheit der Bevölkerung definiert werden soll. „Alle Aufgaben, die mit der Außenpolitik, der nationalen Verteidigung und der Wirtschaftplanung zusammenhängen, die den Iran in seiner Gesamtheit langfristig betreffen, sind das Vorrecht der Regierung des Iran. Abgesehen von diesen Aufgaben sind die kurdischen Behörden der nationalen und autonomen Regierung Kurdistans unterstellt. (...)“ - Kurdisch soll offizielle Sprache (neben dem Persischen) im Gebiet sein. Gleiche Rechte sowohl für die innerhalb wie außerhalb Kurdistans lebenden ethnischen und religiösen Minderheiten. Und - wichtiger Streitpunkt mit Teheran und Qom, - „die Religion wird vom Staat getrennt“.

Der religiöse - sunnitische - Führer der Kurden vom Mahabad, der mittlerweile zu einer nationalen Führungsfigur geworden ist, Sheikh Ezzeddin, bestätigt ausdrücklich auch diese Forderung nach einem laizistischen Staat.

Die heutigen kurdischen Forderungen sind dokumentiert, also fast 35 Jahre alt. Sie haben - gestützt auf die jahrzehntelangen Erfahrungen der Kurden - Gültigkeit über jeweils wechselnde Regime in Teheran hinaus, sind in ihrer Substanz weder tagespolitisch noch durch Einflußnahme von „obskuren“ auswärtigen Kräften (im allgemeinen die Großmächte USA und UdSSR und, mit abnehmender Intensität, die alten Kolonialmächte Großbritannien und Frankreich) bedingt. Dies gibt ihnen Gewicht.

Die Demokratische Partei Kurdistans hatte mit Ayatollah Khomeini bereits während dessen Aufenthalt in Frankreich auf dieser Grundlage Verhandlungen geführt, Kontakte und Austausch von Meinungen hatten bereits während dessen Exil im Irak stattgefunden, bis diese 1975 von irakischer Seite strikt unterbunden worden waren. Khomeini hatte den Kurden vor seiner Rückkehr konkret die Verwirklichung ihrer Forderungen nach innerer Selbstverwaltung und Beteiligung an den Entscheidungen in Teheran zugesagt. Es waren wesentlich kurdische Kräfte, die durch Desertion und Sabotage große Teile der Armee bei den entscheidenden

Auseinandersetzungen im Februar dieses Jahres lahmlegten. Etwa 80.000 kurdische Soldaten desertierten damals.

Ermuntert von der Demokratischen Partei, von Sheikh Ezzeddin und vor allem von den mit ihnen verbündeten Organisationen junger kurdischer Intellektueller, der „Komela“, den „Parézgari“ und dem kurdischen Zweig der „Volksfedayin“, hatten schon im Februar landlose Bauern begonnen, das Land kurdischer Großgrundbesitzer in verschiedenen Teilen Kurdistans „zu besetzen“ und es auf die Aussaat vorzubereiten. Die kurdischen Grundbesitzer, nur zu oft gleichzeitig mächtige Stammesfürsten, waren zu einem Drittel von der Landreform des Schahs verschont geblieben, weil dieser sie sich als loyale Ordnungsmacht in Kurdistan und an den Grenzen zu erhalten trachtete. 40% der kurdischen ländlichen Bevölkerung sind landlose Bauern. - Khomeini und die Regierung Bazargan, denen, trotz Ankündigung sozialer Reformen, zunächst an einer Aufrechterhaltung des status quo und an einer Eindämmung des Einflusses kurdischer politischer Organisationen gelegen war, befahlen Ortsfremden Revolutionskomitees und „Khomeini-Milizen“, zusammen

mit den bewaffneten Banden der Landbesitzer gegen die Bauern Front zu machen. Das Khomeini-Komitee in Mahabat verteilte Waffen aus den Arsenalen der lokalen Garnison und Gendarmerie-Station an die konservativen Stammeskräfte (plötzlich zu „Hütern der Revolution“ und „Revolutionskomitees“ avanciert), die sie gegen die Bauern auf den Feldern einsetzte. Es gab Tote - hierauf stürmten bewaffnete Partisanen („Peshmergas“) der kurdischen Organisationen Garnisonen wie Gendarmeriestation von Mahabad, um ihrerseits den Bauern zu ihrem Schutz Waffen austeilten zu können.

Der Konflikt war da - provoziert von Khomeini-Anhängern und ihren reaktionären Verbündeten. In Teheran warnte Premierminister Bazargan (offensichtlich über die Ursachen der „Unruhen“ im Unklaren) vor separatistischen Tendenzen“, obwohl hätte deutlich sein müssen, daß es sich um einen sozialen Konflikt handelte, der die Machtkonfrontation ausgelöst hatte. Mahabad's Khomeini-Milizen wurden entwaffnet oder vertrieben. Der Stadtrat wählte ein eigenes „Islamisches Revolutionskomitee“ aus Bürgern der Stadt. Die kaum geschaffene „revolutionäre Macht“ des Ayatollah Khomeini war selbstverschuldet in einem Teil Irans von den Bürgern selbst, von der „Basis“ her, ins Abseits gestellt worden. - Was nun folgte, ist eine von seiten der „Zentralmacht“ irrational eskalierte Machtprobe, deren Ausgang noch nicht entschieden ist.

Eine Delegation der Kurden fährt nach Teheran und Qom, der in der Schweiz lebende kurdische Exilpolitiker Dr. Parrez Hisyar (ein Pseudonym) wird am 3. März von Khomeini empfangen. Die Kurden tragen erneut ihre konkreten Forderungen vor - „Einstellung der Zusammenarbeit der Revolutionskomitees mit den reaktionären kurdischen Kräften und Grundbesitzern“, Abzug der ortsfremden Komitees, Legitimierung kurdischer Komitees, die von den Bürgern selbst gewählt werden, als Ordnungsmacht. Khomeini lenkt ab, spricht stattdessen von den Rechten der Minderheiten, die in der zukünftigen Verfassung geregelt werden würden, bittet um Geduld, warnt erneut vor „separatistischen Bestrebungen“.

Ein kurdischer Emissär dankt Ayatollah Khomeini ist entweder ignorant oder er stellt sich taub und blind. Beides ist gleich gefährlich: Wir werden uns selbst schützen müssen.“

In den folgenden Monaten von März bis August läuft das gleiche Szenario mit wenigen Variationen aber mit ständig steigender Brutalität in fast allen Teilen Kurdistans ab: In der Hauptstadt Sanandaj transportieren Mitte März Khomeini-Milizen bei Nacht und Nebel Saatgut und für die Versorgung der Bevölkerung bestimmte Getreidevorräte aus den Speichern der Stadt ab. Aufgebrachte Bauern der Umgebung, die kein Saatgut erhalten, von Bewohnern der Stadt unterstützt, protestieren beim Gouverneur, vergeblich, ziehen vor die Polizeistation und fordern Waffen, um weitere Getreidetransporte zu verhindern. Sie werden ihnen verweigert, die Kurden stürmen die Polizeistation, um die Khomeini-Milizen zu vertreiben. Die verlustreichen Kämpfe wurden in der Tagespresse ausführlich beschrieben. Die Vermittlung des gemäßigten Ayatollah Taleghani und des Arbeitsministers Foroughar bringen Ende März zeitweise Beruhigung, ja eine prinzipielle Übereinkunft in sieben Punkten: Mitspracherecht bei der Abfassung einer neuen Verfassung, kulturelle Freiheit, Recht auf Selbstverwaltung, ... Das Hauptproblem, nämlich der Konflikt mit den anmaßenden Revolutionskomitees wird nicht gelöst, das Recht auf Selbstbestimmung gilt ohnehin erst für die Zeit nach Inkrafttreten der neuen Verfassung, in der Auffassung des Klerus. - Dem Unterhändler Taleghani gestehen die Kurden „guten Willen“ zu, - daß dies nicht für andere Berater Khomeinis im geheimen Revolutionsrat und insbesondere nicht für den stellvertretenden Ministerpräsidenten in der Regierung Bazargan, Shamran, gilt, der die nun reorganisierten „Wächter der Revolution“ („Pazdaran“) leitet und der neue Geheimdienstchef ist, erkennen die Kurden, als dieser unter Ausnutzung von religiösen und ethnischen Gegensätzen zwischen Kurden und turkmenisch-shiitischen Karapapagh im April in der Stadt Naghadeh ein Massaker an kurdischen Frauen und Kindern veranstalten läßt, wie diese Stadt es nicht einmal unter mongolischer Besatzung erlebt hatte. (siehe Bericht von Ilona Hepp in der taz vom Mai)

Weitere Ausschreitungen der SS-mäßig auftretenden Milizen (Shamran war bis vor kurzem Leiter der AL-AMAL genannten shiitischen Milizen im libanesi-

schen Bürgerkrieg) führen zu Kämpfen in Marivan, Paveh, Urmia und anderen Orten. Die Bevölkerung ganzer Städte verläßt diese, um die Regierung Bazargan zu Maßnahmen gegen die Willkür der „Pazdaran“ zu zwingen.

FR 4.9.79

Iranische Truppen nehmen Kurdenstadt ein

Mahabad nach mehrstündigem Beschuß erobert

TEHERAN, 3. September (Reuter/dpa/FR). Iranische Regierungstruppen haben nach eigenen Angaben am Montag die Kurdenstadt Mahabad nach mehrstündigem Beschuß und Bombardement eingenommen.

Nach einer Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur PARS gab das militärische Hauptquartier in Teheran bekannt, die Stadt sei unter „völliger Kontrolle“ der Streitkräfte.

In Mahabad hatten sich kurdische Rebellen verschanzt, die für die Autonomie ihres Landesteils kämpften.

In einem über die Agentur verbreiteten Kommuniqué waren keine Einzelheiten enthalten. Die Telefonverbindungen zwischen Teheran und der Gebirgsstadt der Kurden waren abgebrochen. Kurz zuvor hatte es in Kreisen der verbotenen Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) geheißt, daß die Regierungstreitkräfte Kampfflugzeuge sowie Raketen eingesetzt hätten.

Beobachter schlossen aufgrund der

Schnelle des Armeevorstoßes nicht aus, daß sich die Rebellen noch vor dem Großangriff aus der Stadt zurückgezogen haben könnten.

Das Vorgehen gegen die Kurden ist unter den iranischen Machthabern offenbar nicht unumstritten. Der Generalgouverneur von Kurdistan hatte in einer Mitteilung der Nachrichtenagentur PARS erklärt, daß Verhandlungen mit der Kurdenpartei KDP gefordert. Weil sie die stärkste politische Kraft der Region sei, müsse die Regierung mit ihr sprechen. Verhandlungen mit den Rebellen verlangte auch Ayatollah Schariamadari, einer der einflußreichsten Geistlichen neben Revolutionsführer Ayatollah Khomeiny.

→ Frankfurter
Rundschau
4.9.79

Im syrischen Latakia gärt es

DAMASKUS, 3. September (AP). Der syrische Staatschef Hafes el Assad hat am Montag 1 400 Mann Fallschirmtruppen in die Hafenstadt Latakia entsandt, in der es am Wochenende zu Zusammenstößen zwischen Angehörigen der schiitischen Glaubensrichtung des Islam und Mitgliedern der Alawiten-Sekte gekommen war. In diplomatischen Kreisen in Damaskus hieß es, fünf Menschen seien in der Stadt ums Leben gekommen, als Regierungstruppen für die Einhaltung des Ausgehverbots sorgten. Diese Sperre sei vor allem von Alawiten gebrochen worden, die zwar eine Minorität in Syrien bilden, in Schlüsselpositionen der Regierung aber überproportional vertreten sind. Assad gehört selbst dieser Sekte an. Aus anderen Kreisen verlautete, aus Protest gegen die Ermordung eines ihrer religiösen Führer hätten Alawiten Reifen verbrannt, Regierungseinrichtungen angegriffen und Schiiten bedroht. Assads Bruder, Oberstleutnant Rifat Assad, sei ebenfalls nach Latakia geschickt worden. Für den Zivilverkehr sei die Stadt geschlossen, hieß es weiter. In Pressekommentaren hieß es, die Unruhen seien mit der Abreise Assads nach Libyen und dann zum Gipfeltreffen der Blockfreien nach Havanna zusammengefallen. „Als er nach Bagdad reiste, arrangierten sie das Massaker von Aleppo. Wenn er jetzt nach Libyen und nach Havanna reist, versuchen sie in Latakia Unruhe zu stiften“, hieß es weiter.

FR 4.9.79

FRANKFURTER
RUNDSCHAU 4.9.79

Verfassungsreferendum in Persien

Große Mehrheit erwartet — Probleme in den Provinzen der Minderheiten

Teheran (AP/dpa/ddp). Bei deutlich nachlassender Beteiligung ist gestern in Persien die am Sonntag begonnene, auf zwei Tage befristete Volksabstimmung über den Verfassungsentwurf für die Islamische Republik fortgesetzt worden. Es wird mit einer großen Zustimmung zu dem Entwurf gerechnet. Wahlberechtigt waren rund 23 Millionen Perser, die das 16. Lebensjahr vollendet haben. Beim letzten Referendum, bei dem es um die Abschaffung der Monarchie und die Umwandlung des Landes in eine islamische Republik gegangen war, hatte die Zustimmung mehr als 90 Prozent betragen.

Erste von den Zeitungen veröffentlichte Ergebnisse deuteten eine massive Mehrheit für die neue Verfassung an. Den Zeitungen zufolge wurden beispielsweise in zwei Ortschaften der Kurden-Provinz Khermanaschah unter den 24 383 abgegebenen Stimmen nur 28 Nein-Stimmen gezählt, unter 4600 Wahlzetteln in Teheran hätten sich nur 80 Nein-Stimmen befunden.

Nach einem Bericht von Radio Teheran sollen jedoch angebliche Konterrevolutionäre unter den Wählern Verwirrung gestiftet haben, indem sie die Parole verbreiteten, der rote Abschnitt des Wahlzettels symbolisiere „das Blut des Imam Hussein (des Begründers der schiitischen Glaubensrichtung des Islams) und der Märtyrer der Revolution“ und sollte in die Urne geworfen werden. Der Sender mahnte die Wähler eindringlich, nur den grünen Abschnitt zu benutzen, der ja zur Verfassung bedeutet.

Weiter hieß es, Unmut über die neue Verfassung habe in mehreren Provinzen „zu

Schwierigkeiten geführt“. Der amtierende Innenminister und Mitglied des islamischen Revolutionsrates, Hojatolislam Rafsanjani, hat dem Sender erklärt, daß es am Sonntag Probleme in den Kurdenprovinzen, in Aserbeidschan und in den Städten Iranshahr und der Hafenstadt Chabahar in Belutschistan gegeben habe. Rafsanjani ging nicht näher auf diese „Schwierigkeiten“ ein. Doch haben die in den jeweiligen Regionen wichtigsten politischen Parteien und Gruppierungen ihre Anhänger aufgerufen, die Volksabstimmung zu boykottieren. Aus Täbris wurde gemeldet, er habe eine große Demonstration von Verfassungsgegnern gegeben.

Der Ayatollah Schariat-Madari, neben Ayatollah Khomeini eine der wichtigsten Persönlichkeiten in Persien, hat seinen Anhängern in einer Botschaft anheimgestellt, „nach eingehender Prüfung der Verfassung“ zu den Urnen zu gehen. Er selbst hat nach Angaben eines seiner Mitarbeiter sich entschlossen, nicht zu wählen. In seiner Botschaft an die Perser hatte der Religionsführer vor wenigen Tagen die Änderung einiger Prinzipien gefordert, die die absolute Herrschaft der Geistlichen in der neuen Verfassung vorsehen.

Die neue Verfassung räumt dem Schiiten-Oberhaupt Khomeini umfassende Machtbefugnisse ein, die nach Auffassung von Gewährsleuten die eines gewählten Präsidenten sogar noch übersteigen. Die liberal eingestellten Parteien und Organisationen hatten aus diesem Grund den Boykott des Referendums angekündigt, doch erwarteten sie nicht, das Endergebnis damit entscheidend beeinflussen zu können.

Tagesspiegel 4.12.79

Die Situation der Kurden nach dem Sturz des Schah-Regimes

Auf einer Informationsveranstaltung der Deutsch-Kurdischen Gesellschaft im Juni 1979 in Berlin erläuterte ein Vertreter der DPK/Iran die aktuelle Situation der Kurden im Iran. Die Auseinandersetzungen in der Stadt Naghadeh hat er als Augenzeuge erlebt.

1. Wie die anderen Völker des Iran hat das kurdische Volk unter der Unterdrückung durch das Schah-Regime gelitten. Insbesondere sind die kurdischen Gebiete Irans von der Zentralregierung gezielt vernachlässigt worden: Es gibt kaum Infrastruktur, Schulen und Fabriken. Am Kampf gegen dieses Regime haben sich die Kurden in besonderem Maße beteiligt.

2. Während seines Pariser Exils hat Ayatollah Khomeini den verschiedenen Völkern des Iran Freiheit und Selbstbestimmung (Kulturautonomie, Verwaltungsautonomie) versprochen.

3. Nach dem Sturz des Regimes im Iran hat Ministerpräsident Bazargan über die Forderungen der Kurden bezüglich ihrer Selbstbestimmung erklärt, sie seien gleichgesetzt mit den Forderungen der Perser in persischen Städten wie Shiraz oder Meshed. Damit wird ignoriert, daß sich die Kurden in einer Situation der Unterdrückung befinden und ihr Recht auf nationale Selbstbestimmung nicht ausüben können.

4. Die im Iran arbeitenden kurdischen Organisationen sind die DPK, die Partei der Unterdrückten und unorganisierte religiöse Elemente, die zum Teil Unterstützung von der irakischen Baath-Regierung erhalten.

5. Die kurdische Stadt Sanandaj wurde von der iranischen Armee angegriffen, nachdem die Einwohner versucht hatten, die Kaserne zu besetzen und Radio und Presse unter die Kontrolle des Volkes zu bringen, wie dies auch in den anderen Städten des Iran geschehen ist. Der Angriff forderte 800 Todesopfer.

Der Schlichtungsversuch des Schlichterführers Ayatollah Taleghani, der mit einer Regierungsdelegation ins iranische Kurdistan gekommen war, brachte als Ergebnis erneute Versprechungen: Kulturautonomie, Verwaltungsautonomie. Taleghani, der sich sehr für die Selbstbestimmung der Kurden eingesetzt hatte, hat jedoch inzwischen seinen Einfluß verloren.

7. Der Zeitung Seda-Moasir zufolge wurden diejenigen der iranischen Armee, Division Sanandaj, durch die Erhöhung ihre militärischen Ranges belohnt, die sich bei den Massakern an der kurdischen Bevölkerung besonders verdient gemacht haben.

8. Von einem Gremium, in dem die verschiedenen kurdischen Organisationen, und die religiösen Elemente vertreten waren, wurde die Forderung der Kurden in 7 Punkten formuliert:

- 1- Die Kurden erhalten bei der Abfassung einer neuen Verfassung ein Mitspracherecht;
- 2- ihnen wird kulturelle Freiheit gewährt, neben Persisch wird auch Kurdisch zur Schulsprache;
- 3- sie erhalten das Recht der Selbstverwaltung;
- 4- die Ressourcen Kurdistans kommen der Region zugute;
- 5- Die Kurden erhalten auch bei Entscheidungen ein Mitspracherecht, die den ganzen Iran betreffen;
- 6- die Kurden können ihre Sitten und ihre Tracht uneingeschränkt beibehalten;
- 7- die Regierung gewährt Kurden Entwicklungshilfe.

9. Die anlässlich des Begräbnisses von Barzani versammelte Menge (ca. 1/2 Mio.) forderte die Rücknahme des 8. Punktes, der die Auslieferung der provisorischen Führung der DPK an den Irak gefordert hatte. Dieser Punkt, der von den religiösen, teilweise von der irakischen Regierung unterstützten, Kräften durchgesetzt worden war, wurde zurückgezogen.

10. In der Stadt Naghadeh war ein Bürgerkrieg voraussehbar und wurde von verschiedenen Zeitungen prophezeit, die Regierung unternahm keine Anstrengungen um dies zu verhindern. In Naghadeh wohnen 30.000 Kurden und 15.000 Aserbeidschaner (Türken). Bei ihrem Angriff auf die Kurden erhielten die Aserbeidschaner aus anderen aserbeidschanischen Städten Unterstützung und waren mit Waffen ausgerüstet, die von Polizei und Militär der Provinz Rezaib stammten, wo Aserbeidschaner in den entscheidenden Positionen sitzen. Der Anlaß für die Kämpfe war die Eröffnung eines DPK-Parteibüros, zu dessen Eröffnung sich 20.000 Kurden in einem Sportstadion versammelt hatten. Auf

Aserbeidschanern das Feuer eröffnet. Nach dreitägigem Kampf wurde beim Eingreifen von Gendarmerie, Militär und Mujaheddin ein grausames Massaker unter der kurdischen Zivilbevölkerung angeordnet. Heute befinden sich in Naghadeh noch 200 Kurden, die anderen wurden getötet oder flohen (vgl. Pressespiegel S. ...).

11. Die nach dem Ende der Kämpfe veröffentlichte Erklärung der iranischen Regierung besagt, die Armee habe die Ordnung wieder hergestellt, die Geschäfte seien geöffnet und die Bewohner am Arbeitsplatz. Alle lebten wie Brüder zusammen.

HEIMAT

Das war eine andere, schönere Zeit,
in Wärdern Klängen Lachen und Scherzen
und selbiges Glück, ohne Haß, ohne Leid
erfüllte die prohenen Herzen.

Es sang der Freiheit gewaltiges Lied
die Ströme in funkelndem Schaume:
und nur das geübteste Auge erriet
den Adler im regenden Kusse.

Ja, das war noch Leben, noch herrliche
Lust,
da sind keine Tränen geflossen,
die giftig vergifteten die treueste Brust
von Heim und v. m. Herze verstoßen.

Die Rebe gab Wein, und dem edelsten
Jagt
gleich saftiger Pfirsiche Wangen:
mit Früchten beladen und farbenent-
flammt
so standen die Bäume an Hange.

Kamine durchleuchten mit traumlichem
Schein
im Winter die spärlichen Gehäfte,
sie strahlten der Liebe, dem Glücke
allein,
den Wachsen der kommenden Kräfte.

Wie einst ihre Männen in goldener
Tracht
so spielten auf schneidigen Pferde
die Bruschen Jirid oder ritten zur
Jagd,
verwachsen mit Felsen und Erde.

Sum Gewend, dem rhythmischen Reigen,
erklang
am Abend bei flackernden Flammen
der munteren Mädchen und Frauen Gesang
mit kräftigem Besse zusammen.

Doch weine nicht, Mutter, rangen
dein Glück
die Fäuste der Feinde auch nieder:
Bald bringen wir unseren Bergen
zurück
die Klänge der heimischen Lieder!

(Kamuran Aali Bedir-Khan, zitiert
nach: Der Schnee des Lichtes. Kur-
dische Gedichte des Prinzen Kamuran
Aali Bedir-Khan, in deutschen Versen
von Carl Wunderlich 1935).

12. Die 7-Punkte-Forderungen, gegen die der Vorwurf des Separatismus berechtigterweise nicht erhoben werden kann, sind von der Zentralregierung bisher in keiner Weise erfüllt worden:

Bei der Ausarbeitung des Entwurfs der Verfassung der Islamischen Republik waren die Kurden nicht beteiligt (Interview mit Qassimlou, Al-Hawadess Nr. 37). Dieser Entwurf ist inzwischen fertiggestellt und erwähnt die Probleme von denen in den 7 Punkten die Rede ist, mit keinem Wort. Da die offizielle Religion das Schiitentum ist, ist zu erwarten, daß hohe Ämter und Funktionen der Mehrzahl der Kurden unzugänglich bleiben werden.

Der syrische Teil Kurdistans

Im folgenden beantwortet ein verantwortliches Mitglied der Kurdischen Demokratischen Partei Syriens — sein Name bleibt aus Sicherheitsgründen unveröffentlicht — Fragen zur aktuellen Situation der Kurden in Syrien. In diesem Interview kommt der "Hilal-Plan" ausführlich zur Sprache.

Dieser Plan geht auf ein 1963 veröffentlichtes Buch von Mohammed Taleb Hilal zurück: "Studie über die Provinz Djazira in nationaler, sozialer und politischer Hinsicht". Hilal, damals Chef der politischen Polizei von Djazira, später Ernährungsminister, heute syrischer Konsul in Warschau, widmet sich in dieser Studie dem wissenschaftlichen Nachweis, daß die Kurden keine Nation seien, ihnen vielmehr Geschichte, Zivilisation, Sprache und ethnische Ursprung abgehe. Dann wird ein Plan von 12 Punkten vorgelegt, der die systematische Transferierung der Kurden aus Kurdistan, ihre Diskriminierung durch Verweigerung jeglichen Unterrichts, Berufsverbot, Wahlverbot, militärische Überwachung und andere Mittel vorsieht. Das im Hilal-Plan anvisierte Ziel, einen arabischen Gürtel entlang der syrisch-türkischen Grenze zu schaffen, aus dem die Kurden entfernt werden, wurde in den folgenden Jahren von der Baath-Regierung verfolgt (siehe auch "Kurdistan" Nr. 1/78).

F.: Existiert der Hilal-Plan noch offiziell als Programm der syrischen Regierung; wird weiter an seiner Verwirklichung gearbeitet?

A.: Der Hilal-Plan hat als Vorbild die zionistische Siedlungspolitik. Nachdem er von unserer Partei öffentlich bekannt gemacht und kritisiert worden ist, zieht die Regierung es inzwischen vor, sich in ihrem Kurdenprogramm nicht mehr direkt auf den Hilal-Plan zu beziehen. Die Ziele sind jedoch die gleichen geblieben und zu großen Teilen in die Tat umgesetzt worden. Eins der Ziele ist die

Trennung der Kurden Syriens von denen, die in der Türkei leben, durch einen arabischen Gürtel. Im Rahmen der "Arabisierung" sind seit 1973 ca. 80.000 Araber in den drei Nordprovinzen angesiedelt worden. Ein ca. 300 km langer Streifen, zwischen 10 und 20 km breit, ist dafür verstaatlicht worden, das Land wurde ersatzlos konfisziert, davon sind 282 kurdische Dörfer und sechs Städte betroffen. Die Kurden haben sich durch diese Maßnahme aber, wo es irgend möglich war, nicht bewegen lassen, Kurdistan zu verlassen. Ich würde für die Zahl der Kurden 1 Million nennen. Es ist bis jetzt nicht versucht worden, die Kurden durch direkte Zwangsmaßnahmen zu vertreiben. Es ist nicht wie im Irak, wo die Kurden auf Lastwagen geladen und deportiert wurden, um in den zu arabisierenden Gebieten Raum zu schaffen. Wir haben aber gewisse Befürchtungen, daß auch die syrische Regierung solche Methoden anwenden könnte. Die im Hilal-Plan vorgesehenen Maßnahmen zur Vertreibung sind sonst in großem Umfang realisiert worden. Es gibt viele Möglichkeiten indirekten Zwanges, z.B. ist es den Kurden verboten, ihre Lehmhäuser, die zweimal jährlich in Stand gesetzt werden müssen, zu reparieren, so daß sie verfallen. Häufig werden Leute aus politischen Gründen von ihrer Arbeitsstelle entlassen. Dies betrifft besonders häufig Lehrer, denn sie gelten aufgrund der wichtigen Funktion, die sie ausüben, als potentiell gefährlich. Ich selbst war Lehrer und bin wegen meiner Parteizugehörigkeit von der Schule entlassen worden.

- F.: Welche rechtliche Grundlage hat die Landkonfiskation?
- A.: Vorschläge und Rechtfertigungen derartiger Maßnahmen werden häufig in der Zeitung "Al-Munadil", für Baath-Mitglieder gebracht. Die Landkonfiskation wird dort als Maßnahme zur Landreform legitimiert.
- F.: Wie sind die für die "Arabisierung" nötigen Menschen in den "Arabischen Gürtel" gebracht worden und wie hat sich das Verhältnis zwischen Kurden und eingepflanzten Arabern entwickelt?
- A.: Diese Araber sind nicht freiwillig gekommen. Ein Teil von ihnen hat ihr Land verloren, als der Stausee hinter dem Euphrat-Staudamm angelegt wurde. Dieser Staudamm ist aber angelegt worden, um die Bewässerung dieser Gegend und damit die landwirtschaftliche Produktivität zu verbessern. Solche Projekte haben nicht den Zweck, die Umsiedlung der Anwohner in eine entfernte Gegend nötig zu machen. Man hat den Staudamm aber benutzt, um Menschenmaterial für den "Arabischen Gürtel" zu gewinnen. Andere Leute, die Baath-

Mitglieder sind, erhielten den Befehl, sich an der Arabisierung zu beteiligen. Wieder andere sind allein durch die Versprechungen und Vergünstigungen angelockt worden, die die Baath-Regierung ihnen geboten hat. Sie hörten, daß das zu besiedelnde Gebiet sehr fruchtbar ist. Sie bekamen das Land, das die Regierung den Kurden weggenommen hat, geschenkt. Sie erhielten moderne Häuser mit Elektrizität und anderem Komfort. Für ihre Arbeit als Bauern auf dem konfiszierten kurdischen Land erhalten sie Lohn von der Regierung, und jede Person, die "arabisiert" erhält eine Prämie von 5000 Lira und wird bewaffnet. Die Arabisierung entspricht im Prinzip der zionistischen Kolonisation.

- F.: Welche Beziehungen haben unter diesen Bedingungen Araber und Kurden untereinander?
- A.: Die Politik unserer Partei richtet sich nicht gegen die Siedler, sondern gegen die chauvinistische Politik des Baath. Aber die kurdischen Bauern, die in ihren Häusern geblieben sind, und sehen, daß die angesiedelten Araber das Land bebauen, das eigentlich ihnen, den Kurden selbst gehört ... das ist, als wenn in einer Familie nur ein Bruder bestimmt und alle Rechte hat.
- F.: Trotzdem haben die meisten Kurden ihr Land nicht verlassen. Wie existieren sie ohne Land, ohne Arbeitsplätze weiter?
- A.: Die Folge des Landverlustes war die Abwanderung der jungen Generation in die arabischen Städte, wo sie arbeiten und ihren Angehörigen Geld schicken. Die kurdischen Kinder besuchen meistens die Schulen in den modernen Dörfern des arabischen Gürtels. Natürlich werden sie dort nur in Arabisch unterrichtet. Unterricht in Kurdisch ist streng verboten und der Besitz eines kurdischen ABC-Buches wird mit Gefängnis bestraft, wie der Besitz von Opium. Die Wege aus den kurdischen in die arabischen Dörfer sind oft weit und beschwerlich, besonders im Winter. Dennoch halten wir es für sehr wichtig, daß unsere Kinder die Schule überhaupt besuchen.
- F.: Hat die Arabisierungspolitik ihr Ziel, die kurdische Bevölkerung Syriens von den Kurden in der Türkei zu trennen, erreicht?
- A.: Nein. Der Kontakt ist zwar schwieriger beizubehalten, aber es sind immer noch enge Beziehungen vorhanden, besonders weil es viele Familien gibt, deren Mitglieder auf beide Länder verteilt leben. Das Sykes-Picot-Abkommen 1916 hat die syrisch-türkische Grenze willkürlich entlang der Bagdad-Bahn festgelegt. Sie entspricht weder

geographisch noch ethnisch den natürlichen Bedingungen und zer-teilt sogar ein Dorf.

F.: Auf welche Weise leisten die Kurden Widerstand gegen diese Repressionen?

A.: Ein bewaffneter Kampf wird in Syrien nicht geführt. Dies ist auch nicht möglich. Wir wider-setzen uns der Durchführung des Arabisierungsplans, indem wir trotz der sehr schwierigen Bedingungen, die man zu schaffen versucht, so-lange es irgend möglich ist, in Kurdistan bleiben. Am wichtigsten ist es für uns im Moment, die Öffentlichkeit in und außerhalb Syriens über die Behandlung der Kurden zu informieren, darüber, daß unsere nationale und kultu-relle Identität und unsere Rechte nicht anerkannt werden. Die syrische Regierung reagiert z.B. sehr empfindlich auf den Vorwurf, der Mißachtung der Menschenrechte durch internationale Organisatio-nen.

F.: Wie ist die Reaktion der Re-gierung gegen den kurdischen Widerstand, wie geht man gegen die politischen Gegner vor?

A.: KDP-Mitglieder sind den Verfol-gungsmaßnahmen in besonderem Maße ausgesetzt. Häufig sind Verhöre und Verhaftungen zum Zweck des Verhörs. Eine Anzahl unserer Mitglieder befindet sich, zum Teil seit Jahren, in Haft , ohne daß jemals Anklage gegen sie erhoben worden ist und ein Urteil vorliegt. Sowohl bei den Verhören als auch bei längerer Inhaftierung werden die Leute menschenunwürdiger Behandlung und Folter ausgesetzt. Sie werden beschimpft, beleidigt und geschlagen. Man wendet Elektroschocks an und reißt ihnen die Schnurrbärte aus. Man läßt sie lange Zeit in einem Auto-reifen zusammengekrümmt liegen und man schlägt sie. Ich weiß von einem 50-jährigen, dem die Füße an den Schnurrbart gebunden wur-den, dann wurde er geschlagen und wenn er sich vor Schmerz bewegte, riß er sich den Bart selbst aus.

F.: Was ist der Grund dafür, daß das Kurdenprogramm der Regierung nicht in allen Punkten durchgeführt worden ist?

A.: Das liegt daran, daß zeitweise andere, wichtigere Probleme die Kräfte in Anspruch genommen ha-ben. So die inneren Streitig-keiten in der Baath-Partei und vor allem außenpolitisch die Ausein-andersetzung mit Israel. Die Streitigkeiten der Araber unter-einander und der Kampf gegen Israel absorbieren Kräfte der nationalistisch-chauvinistischen Regierungen, die sich sonst gegen uns richten würden. Wir sind für die arabische anti-

imperialistische, anti-zioni-stische Einigung und unter-stützen besonders den Kampf des palästinensischen Volkes; den Baath-Chauvinismus, der sich gegen uns als nationale Minderheit richtet, lehnen wir schärfstens ab.

F.: Ist die syrisch-irakische An-näherung ein Schritt in Richtung einer anti-imperialistischen Einigung. Welche Folgen wir die Annäherung für die Kurden haben?

A.: Diese Annäherung ist nur ober-flächlich. Es gibt grundlegen-de Differenzen zwischen beiden Seiten. Die Propagierung der Annäherung soll nur das Volk betäuben. Syrien und Irak konkurrieren immer noch um die regionale Hegemonie. Es gibt die blutige Geschichte der Kämpfe zwischen syrischem und iraki-schem Baath. Wieviele Mordakti-onen sind z.B. vom Irak aus gegen syrische Intellektuelle verübt worden! Dazu kommen die religiösen Differenzen. Im Irak regiert eine sunitische Min-derheit eine schiitische Mehr-heit; in Syrien die schiitischen Alawiten eine sunitische Mehr-heit. Vor ca. 1 1/2 Monaten hat ein wichtiges Mitglied des syrischen Baath, Mohamed Kaidar, eine Erklärung herausgegeben, die sich nur an Parteimitglieder richtet. Das Motto ist: Zwei Parteien und nicht eine. Das zeigt, daß die vom Irak aus an-gestrebte Vereinigung der Baath-parteien durchaus nicht überall akzeptiert wird.

Juni 1979
Ulrike Haupt

REVOLUTIONÄRE UND PATRIOTEN

Revolutionäre und Patrioten!
Wir werden unseren Weg nicht ändern,
auch wenn man uns noch stärker unterdrückt
und noch mehr Unrecht antut,
denn wir wissen, daß der Lauf der
Geschichte sich eines Tages ändern muß!

Steht auf, schlagt zu,
besiegt die, die Euch unterdrücken,
die, die versuchen, Euch Dornen in
die Augen zu stechen,
die, die Euch blind machen wollen.
Revolutionäre und Patrioten!

Seht Euch die ganze Welt an,
Seht die Revolutionäre in der Welt an
Seht, mit welchem Mut und welcher
Kraft diese Völker ihr ihre Zeile
kämpfen.
Steht auf, schlagt zu

Seht Palästina, Vietnam, Kofar, Angola,
Mozambique,
Seht, wie die Massen zu den Waffen
greifen,
Wie sie gegen ihre Unterdrücker
kämpfen.
Und jetzt sind wir dran!
Jetzt ruft uns die Geschichte!

Revolutionäre und Patrioten!
Je mehr sie uns unterdrücken,
umso stärker wird unsere Front.
Jetzt ist die Zeit da für den kurdischen
Widerstand,
Ein Widerstand unter der roten Fahne.
Steht auf, schlagt zu

(Sivan)

amnesty international bezirk berlin (west)

amnesty internationale Gefangenenhilfeorganisation
teilt sich vor

Zahl der Länder, in denen Menschenrechts-
verletzungen begangen werden, hat in den letzten
Jahren alarmierend zugenommen. In wenigstens
vielen Ländern der Welt - so der Jahresbericht 1978
von amnesty international - werden Menschen ihrer
politischen oder religiösen Anschauung wegen in
Haft gehalten. Die Anwendung der Folter hat sich
in den letzten Jahrzehnten erschreckend ausgeweitet.
Die Techniken wurden perfektioniert und immer grau-
samer. Auch die Todesstrafe wird in vielen Teilen
der Welt angewandt, sei es durch offizielle Hin-
richtungen oder durch Erschießungen bei der Ver-
urteilung Andersdenkender.

amnesty international ist eine weltweite Bewegung,
unabhängig von Regierungen, politischen Par-
teien, Ideologien, wirtschaftlichen Interessen
oder Religionen ist.

amnesty international bemüht sich um Freilassung
von Männern und Frauen, die irgendwo wegen ihrer
politischen, Überzeugung, Geschlechts, Abstammung
oder Religion in Haft gehalten werden, voraus-
gesetzt, sie haben weder Gewalt angewandt noch
verurteilt.

amnesty tritt ein für faire und unverzügliche Gerichts-
verfahren für alle politischen Gefangenen, unab-
hängig von der Gewaltfrage.

amnesty wendet sich an uneingeschränkt gegen die
Todesstrafe, Folter und andere grausame, menschen-
würdige oder erniedrigende Behandlung für alle
Gefangenen.

amnesty hat über 2000 Adoptionsgruppen in 35 Ländern
der Welt. Arbeits- und Organisationskern von amnesty
international bilden 28 Gruppen, bestehend aus jeweils
zwischen 10 Mitgliedern, denen vom nationalen Sekretariat
in Bonn die Adoptions- oder Ermittlungs-
aufträge zugeteilt werden. Jede Gruppe adoptiert
zwischen 2 und 3 Gefangene.

amnesty hat dem Arbeitsprinzip von amnesty international
gemäß Briefen an Staatsoberhäupter, Minister,
Richter, Richter usw. versucht, die Entlas-
sung der Inhaftierten bzw. Haft erleichterung
zu erreichen. Häufig werden die Familien der Gefangenen mit Nahrungs-
mitteln, Kleidung und Medikamenten versorgt oder
finanziell unterstützt. Jede Gruppe muß
für selbst Geld aufbringen. Das geschieht durch
Demonstrationen, Spenden und Mitgliedsbeiträge.
In diesen Adoptionsgruppen gibt es in Berlin
mehrere Gruppen mit speziellen Aufgabenbereichen:

- drei sog. Koordinationsgruppen arbeiten über
einzelne Länder und versorgen ai-Gruppen
mit Informationen über das jeweilige Land.
- Ferner besteht im Berliner Bezirk eine spe-
zielle Arbeitsgruppe, die sich um politische
Flüchtlinge hier kümmert. Dabei wird als poli-
tischer Flüchtling derjenige betrachtet, der
mit Gefangenschaft, Folter oder Todesstrafe
zu rechnen hat, wenn er in sein Heimatland
zurückkehrt. Diese politischen Flüchtlinge sind
in Berlin sehr zahlreich.
- Nach Ermittlung des Verfolgungstatbestandes
hilft ai bei Behördengängen, bei der Asylan-
tragstellung und versucht Arbeit und Unterkunft
zu vermitteln. Ferner organisieren die Mitar-
beiter unserer Organisation Sprachkurse.
- Ein weiteres Arbeitsgebiet von ai ist die
Antifolterkampagne, die von einem speziellen
Arbeitskreis, der sog. CAT-Gruppe (Campaign
for the Abolition of Torture) geleistet wird.
Ziel ist es, die Öffentlichkeit über Folterung-
en zu informieren. In immer mehr Staaten brei-
tet sich die Folter als offizielle Regierungs-
praxis aus; Regierungen billigen Terrorakte
gegen Andersdenkende. Dagegen gilt es die
Öffentlichkeit zu informieren und zur Mitarbeit
aufzufordern. Die Gruppe ist dabei sehr stark
auf die Mithilfe von Privatpersonen angewiesen,
die in dringenden Fällen bereit sind, in
kürzester Zeit nach Bekanntwerden eines
Folterfalls Briefe und Telegramme an amtliche
Stellen des betreffenden Landes zu schicken.
Darin werden Aufhebung der Folter bzw. keine
Vollstreckung der Todesurteile verlangt.
Diese Aktionen sind sehr wichtig, denn die
Folter kennt nur einen Feind: die Öffentlich-
keit.
- Ein Arbeitskreis von Lehrern kümmert sich um
die Information der Berliner Schuljugend, ein
Juristen- und Journalisten Arbeitskreis nimmt
sich insbesondere inhaftierter Kollegen an
- Eine Schüler-Lehrer-Gruppe betreibt im Keller
des Gemeindehauses I Berlin 46, Dessauer Str. 12
einen Second-Hand-Shop "Die Fundgrube".

Wer sich weiter über unsere Arbeit informieren
möchte, der kann sich gern an unser Bezirksbüro
wenden:

amnesty international
Bezirk Berlin
Großgörschenstr. 8
1 Berlin 62
Tel: 7821191

Antje Willms - Fa
Pressereferat



Die Bestrebungen mehrerer Mitglieder der Deutsch-Kurdischen Gesellschaft, sich insbesondere mit der kurdischen Musik auseinanderzusetzen, brachte mich auf die Idee, mich an die musikethnologische Abteilung des Museums für Völkerkunde zu wenden. Ich wollte in Erfahrung bringen, wieweit dort die kurdische Musik erfaßt und gesammelt

wird. Das Ergebnis - es existiert eine zentrale Kartei, in der über 1000 Musikinstrumente erfaßt sind. Meine Checkliste, die zur Zeit von Dr. Campell (Itr. der Abt.) erstellt wird, weist bereits 12 kurdische Musikinstrumente, die sich alle im Besitz der Abteilung befinden, aus. Es sind:

Deutsche Bezeichnung	-	Kurdische Bezeichnung	/Fundort und	-jahr
Langhalslaute		tambur	Zengirli	1918
Doppelklarinette		duzele	Irak	1964
Flöte		ney	Irak	1964
Oboe		zurna	Südosttürkei	1964
Kurz Halslaute		ud	Bagdad	1963
Langhalslaute		tar	Teheran	1962
Rahmentrommel		daire	Irak	1962
Klarinette		kamiz	Sulaiman Iran	1962
Doppelklarinette		duzele	Kermanschah	1962
zylind. Oboe		balaban	Teheran	1962
Zylindertrommel		dohol	Kermanschah	1962
Oboe		saz	Kermanschah	1962

Neben der Instrumentensammlung existieren ca. 50.000 Tonbandaufnahmen, die Musikwissenschaftler aus aller Welt zusammentragen haben. Vor kurzem ist der erste Katalog der musikethnologischen Abteilung mit ca. 2.000 Tonbandaufnahmen herausgekommen. Darin sind auch mehrere Tonbandaufnahmen kurdischer Musik enthalten. Zum einen die Aufnahmen, die Dr. Christiansen 1967 aus dem kurdischen Teil der Türkei mitgebracht hat, dann Aufnahmen von Fehrmann von seiner Studienreise in den Irak 1967/68 und Aufnahmen aus dem Archiv Dizayi-Kurden. In den Katalog eingeordnet sind die Tonbandaufnahmen nach den Namen der Staaten, in denen die Kurden heute leben. Ich konnte feststellen, daß Aufnahmen kurdischer Musik aus der Türkei, den Iran, dem Irak und Syrien vorliegen. Tonbandaufnahmen aus der UdSSR waren nicht verzeichnet.

Eigene Ausstellungsräume stehen der musikethnologischen Abteilung noch nicht zur Verfügung. Auch die Erschließung des gesamten Materials ist noch lange nicht abgeschlossen.

Die Mitarbeiter der Abteilung stehen den Interessierten jedoch jederzeit zur Verfügung. Wir wollen mit ihnen hoffen, daß die musikethnologische Abteilung bald aus ihrem Schattendasein austritt und wünschen der Arbeit von Dr. Campell viel Erfolg.

Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9 - 15 Uhr
Führungen sollten 14 Tage vorher angemeldet werden. Tel.: 030 8301434
8301455

Otto Jagla

Wichtige Adressen!

ai Bezirk Berlin, Großgörschenstr. 8,
1 Berlin 62, Tel. 782 11 91

Ausländerberatungsstelle des DGB
Alte Jacobstr. 148-155, 1 Berlin 61,
Tel. 2 51 40 28

Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen e.V., Falckensteinstr. 45,
1 Berlin 36, Tel. 6 12 58 64

Mieterberatung im Forum Kreuzberg
Eisenbahnstr. 21, 1 Berlin 36

Rechtsberatung für Ausländer
Erkelenzdamm 7, 1 Berlin 36
Tel. 6 14 77 93

Verein zur Förderung ausländischer Kinder e.V., Skalitzer Str. 134,
1 Berlin 36
Tel. 6 14 24 75

Gesellschaft für bedrohte Völker
Nollendorfstr. 15, 1 Berlin 30,
Tel. 2 15 23 68
Zentrale: 3400 Göttingen, PF 159,
Tel. 0551/4 68 61

Wohnraumberatung für Ausländer
Ackerstr. 118, 1 Berlin-Wedding
Tel. 4 63 40 14

Beauftragter der Bundesregierung
für die Integration ausländischer Arbeitnehmer, Herr Kühn (SPD)
5300 Bonn.

(Da uns trotz Aufforderung aus anderen Städten keine Adressen gemeldet wurden, konnten nur schwerpunktmäßig die Berliner Anschriften von Organisationen veröffentlicht werden. Red.)

kurdische Flüchtlinge in Berlin.....

1. Nouredin Sallim, Mahabad Sallim und ihr Kind Khoibon Sallim sowie Salaheddin Ali und Mohamed Barezani sind im Dezember 1978 in Berlin eingetroffen. Sie gehören zu einer Quote von 100 kurdischen Flüchtlingen, von denen bisher 87 in der BRD eingetroffen sind. Alle fünf hatten ursprünglich die irakische Staatsangehörigkeit, lebten jedoch seit 1975 im Iran.

2. Seit ihrer Ankunft leben die Kurden gemeinsam in einer Pension an der Potsdamer Straße. Die Wohnung liegt über einer Sex-Bar und der Mietpreis von DM 1.100.-- den das Sozialamt monatlich dafür entrichtet, steht in keinem Verhältnis zu Größe und Ausstattung der Räume. Mobiliar ist nur sehr spärlich und schäbig vorhanden. Das Privatleben der Familie und der beiden einzelnen Junggesellen, die gemeinsam in einer Wohnung leben, ist keineswegs geschützt. Das Kind der Familie Sallim befindet sich seit Monaten im Krankenhaus; es liegt eine ärztliche Bescheinigung vor, derzufolge intensive häusliche Pflege für Khoibon Sallim unbedingt notwendig ist. Die entsprechenden Wohnverhältnisse sind jedoch zur Zeit nicht gegeben.

3. Seit Dezember 1978 sind Bemühungen des Referats für politische Flüchtlinge von ai, der Deutsch-Kurdischen Gesellschaft und der KSSE im Gange, andere Wohnmöglichkeiten zu finden, sowohl durch Anzeigen als auch private Kontakte. Die Kurden haben seit langem einen WBS mit Dringlichkeit. Auch das zuständige Sozialamt Schöneberg ließ wiederholt verlauten, daß man sich um angemessene Wohnmöglichkeiten kümmern würde. Bei ai existiert inzwischen eine Akte allein für die Wohnungssuche der fünf Flüchtlinge. Trotz dieser massiven Bemühungen der genannten Organisationen, leben die Kurden seit nunmehr 12 Monaten in der völlig unzureichenden Unterkunft. Inzwischen bemüht sich der Jugendgesundheitsdienst des Bezirksamtes Schöneberg intensiv um eine andere Wohnung.

4. Darüber, ob die zu diesem Kontingent gehörenden Flüchtlinge in der BRD einen Antrag auf politisches Asyl stellen müssen oder nicht, ob sie das übliche Anerkennungsverfahren durchlaufen müssen, scheint bei den Behörden Unklarheit zu bestehen - von manchen Behörden der BRD wurde ein Antrag verlangt, von anderen nicht. Die in Berlin aufgenommene Familie Sallim hat im Juni 1979 Reisedokumente erhalten, Salaheddin Ali und Mohamed Barezani schon einige Monate vorher. Eine verbindliche einheitliche Regelung existiert bisher nicht. Im zuständigen Referat des Berliner Innensenats wußte man, wie sich anlässlich einer telefonischen Anfrage von ai herausstellte, mehrere Wochen nach Aufnahme der Flüchtlinge noch nicht einmal von ihrer Anwesenheit.

5. Die in Berlin aufgenommenen Flüchtlinge sind sämtlich Schüler und Studenten ohne bzw. mit abgebrochener Ausbildung. Zunächst bemühten sich ai, DKG und KSSE beim zuständigen Sozialamt um die Finanzierung von Sprachkursen. Für diese Finanzierung setzte das Sozialamt jedoch einen ablehnenden Bescheid des Arbeitsamtes voraus. Es mußte also zuerst an das Arbeitsamt der entsprechende Antrag gestellt werden. Nach langwierigen Bemühungen wurde herausgefunden, welches Arbeitsamt zuständig sei. Seit Juni 1979 können die Flüchtlinge Sprachunterricht in Anspruch nehmen.

6. Um die die kurdischen Quotenflüchtlinge in Berlin betreffenden Fragen grundsätzlich anzusprechen, wandte sich die Referentin für politische Flüchtlinge von ai an den Senator für Arbeit und Soziales, bekam auch einen Gesprächstermin mit dem Senator Sund, der sich zu dem entsprechenden Zeitpunkt aber außer Haus befand, so daß die ai-Referentin an untere Stellen des Senats verwiesen wurde, die dann wiederum ohne entsprechende Kompetenzen waren.

Ihr Arbeiter einigt Euch

« Ey Karker bibin yek»

Alle kurdischen Arbeiter sind bereit,
In der Hand Knüppel, Hacke und Schaufel,
Wie die Arbeiter der Welt
sind alle sie mutig, wie Löwen im Kampf

Diese Welt ist unsere Stätte
Diese Welt ist unsere Stätte
Auf jeden Fall, wir sollen uns einigen
Auf jeden Fall, wir sollen uns einigen
Wie Brüder sein, wie Brüder.

Wie lange noch werden wir Sklaven bleiben,
Die Füße in Ketten, den Nacken unter dem Joch
Immer an der Seite der Kolonialisten.
Auf diese Weise zum Nichtstun verdammte.

Diese Zeit ist die der Freiheit
Diese Zeit ist die der Freiheit
Ob wir umgebracht werden, oder überleben

Auf jeden Fall, wir sollen uns einigen
Auf jeden Fall, wir sollen uns einigen.
Wie Brüder sein, wie Brüder.

Wir sind alle Brüder,
Was ist weiß und schwarz und rot?
Hundertmal Spucke soll es regnen
Auf Gewalt und Diktatur.

Was ist diese Grausamkeit?
Was ist diese Grausamkeit?
Ob wir umgebracht werden, oder überleben

Ob Freude oder Trauer
Auf jeden Fall, wir sollen uns einigen
Auf jeden Fall, wir sollen uns einigen
Wie Brüder sein, wie Brüder.

(Çêgerxwên)

Am 12.1.1979 auf der ersten Informationsveranstaltung der DKG in Berlin ist vom ehemaligen Vorsitzenden der Gesellschaft, Herrn Martin Oertel, die Gründung des Ortsverbandes Berlin angekündigt worden. Vierzehn Tage später, am 2.2.1979 fand dann die konstituierende Sitzung des Ortsverbandes statt.

17 Teilnehmer, teils Mitglieder, teils Interessierte, besprachen den organisatorischen Rahmen des Ortsverbandes, diskutierten über die möglichen Aufgaben hier in Berlin und nahmen eine erste Aufgabenverteilung vor. Die Unterstützung der kurdischen Kontingent-Flüchtlinge aus dem Iran wurde allgemein als eine der vorrangigsten Aufgaben angesehen. Wir haben uns bemüht, ihnen eine angemessene Wohnung zu beschaffen, ihnen einen Sprachkurs und auch einen Arbeitsplatz zu vermitteln.

Bei unseren Zusammenkünften, insbesondere bei der Veranstaltung im Juni 1979 haben wir versucht, den Mitgliedern der Gesellschaft und auch den an unserer Arbeit Interessierten mehr Hintergrundwissen über die Lage der Kurden und ihren Kampf um Anerkennung und Autonomie zu vermitteln. Darauf aufbauend sind dann weitere

Diskussionsabende, Filmvorführungen, Info-Tische u.ä. geplant. Der Erfolg dieser Arbeit läßt sich sicherlich an den wachsenden Mitgliederzahlen messen, z.Z. sind es in Berlin 27.

Über das große Interesse, das der Sache des kurdischen Volkes entgegengebracht wird, freuen wir uns, und wir bitten, daß auch die, die unsere Arbeit bisher mit Interesse verfolgt haben, zu Mitgliedern unserer Gesellschaft werden und weiterhin unsere Veranstaltungen besuchen.

Kontakt-Adresse: Otto Jagla,
Leinestr. 48, 1 Berlin 44
Tel.: 030 6215578 oder 6212239

Betr.: Gründung des Ortsverbandes
Hamburg

Es besteht die Absicht, Anfang 1980 auch in Hamburg einen Ortsverband unserer Gesellschaft ins Leben zu rufen. Auch dort sollen die Inhalte unserer Arbeit bekannt gemacht werden und wollen wir den Kurden bei der Bewältigung ihrer Probleme helfen. Interessenten sollten sich an Herrn Tawar KumNakch, Kaiser-Wilhelm-Str. 73 in Hamburg 36, Tel.: 345185 wenden.

LITERATURAUSWAHL

- Ein Auswahlverzeichnis von Otto Jagla -

1. Abbas, Hilmi:

Altkurdische Kampf- und Liebeslieder - München: Bechtle 1964.

2. Bettmann, Karsten:

Vertraue der Pranke ... Bilddokumentation Kurdistan 1963 - 66, Hamburg: Matari Verlag 1966.

3. Eickstedt, Egon von: **Türken**, Kurden und Iraner seit dem Altertum. Gustav Fischer 1961. DM 48.- erhältlich.

4. Gstrein, Heinz:

Volk ohne Anwalt. Die Kurdenfrage im mittleren Osten. Stein/Nürnberg: Laetare 1974. DM 10.- erhältlich.

5. Haraldson, Erlendur:

Land im Aufstand - Kurdistan. Hamburg: Martari Verlag 1966. Reisebeschreibung, Geschichte Kurdistans

6. Hauser, Hans:

Kurdistan. Schicksal eines Volkes. München: Langen-Müller 1975. DM 28.- erhältlich.

7. Hüttenroth, Wolf-Dieter:

Bergnomaden und Yaylabauern im mittleren kurdischen Taurus. Marburg 1959. (Geographische Schriften H. 11)

8. Justi, Ferdinand:

Kurdische Grammatik (Neudruck der Ausg. 1880). Sändig Walluf 1976, DM 61.- erhältlich.

9. Kurdische Märchen:

Gesammelt von Luise-Charlotte Wentzel. Diederichs 1978. DM 26 erhältlich.

10. Kurdische Handschriften:

Beschrieben von Fuad Kamal. Steiner 1970, DM 72.- erhältlich.

11. Kurdische Texte:

Kurmangi-Erzählungen und Lieder (Neudruck der Ausg. von 1908) 1. Bd von LeCoq. A. von Philo Press Subskr. Br. 45.- Hfl. erhältlich.

12. Lerch, P.:

Forschungen über die Kurden und die iranischen Nordchaldäer. Philo Press, 50 Hfl. erhältlich.

13. Makos, Hugo:

Kurdische Studien. 1. Eine Probe des Dialektes von Diabekir. 2. Ein Gedicht aus Gawar. 3. Jezidengebet. (Materialien zur Geschichte der Sprache und Lit. d. Vorderen Orients). Winter 1900, DM 18.- erhältlich.

14. Rittlinger, Herbert:

Faltboot stößt vor. Vom Karpatenurwald ins wilde Kurdistan. Brockhaus 1971. DM 14.- erhältlich.

15. Roth, Jürgen:

Aufstand im wilden Kurdistan. Tatsachenroman. Signalverlag 1977. DM 22.- erhältlich.

16. Roth, Jürgen:

Geographie der Unterdrückten. Die Kurden. rororo Sachbuch 7125. 1978. (Politische Erziehung) 10,80 DM erhältlich.

17. Roth, Jürgen:

Leitfaden Türkei. Bericht über ein rückentwickeltes Land. Rotbuch 1978. DM 8.- erhältlich.

18. Von denen keiner spricht. Unterdrückte Minderheiten - von der

Friedenpolitik vergessen. Hrsg. von Tilman Zülch. rororo Aktuell 1879. DM 5.80 erhältlich.

Protestaktion der KSSE Berlin (West)

Dr. Waldheim von den Vereinten Nationen wird aufgefordert, den blutigen Kampf im Iran zwischen Persern und Kurden zu beenden und sich für die Rechte der Kurden einzusetzen. Jeder, der sich an dieser Aktion beteiligen möchte, kann entsprechende Karten beim KSSE, 1 Berlin 46, Postfach 46 0512 anfordern.



We / I appeal to the United Nations Secretary General, Dr. Kurt Waldheim, to use his office and influence to end the bloody fighting in Kurdistan of Iran on the basis of the following points:

- 1) the immediate retreat of all non-Kurdish forces, like Pazdaran, militias and other Islamic committees from Kurdistan;
- 2) release of all Kurdish prisoners who have been taken prisoner by the Revolutionary Guards, the Army and their committees;
- 3) the immediate termination of the activity of the Revolutionary Courts in Kurdistan, and the suspension of the Ayatollah Khalkhali from the Revolutionary Court in Kurdistan;
- 4) the punishment of all persons responsible for the provocations against the Kurdish people;
- 5) the termination of the persecution of the leaders and members of the Kurdistan Democratic Party (Iran) and the party's legalization;

We appeal to you, Dr. Waldheim, to intervene with the Government of Iran in favour of the right of self-determination of the Kurdish people and to enforce the application of the UN-Charter of Human Rights and of the Geneva Conventions.

Signature:

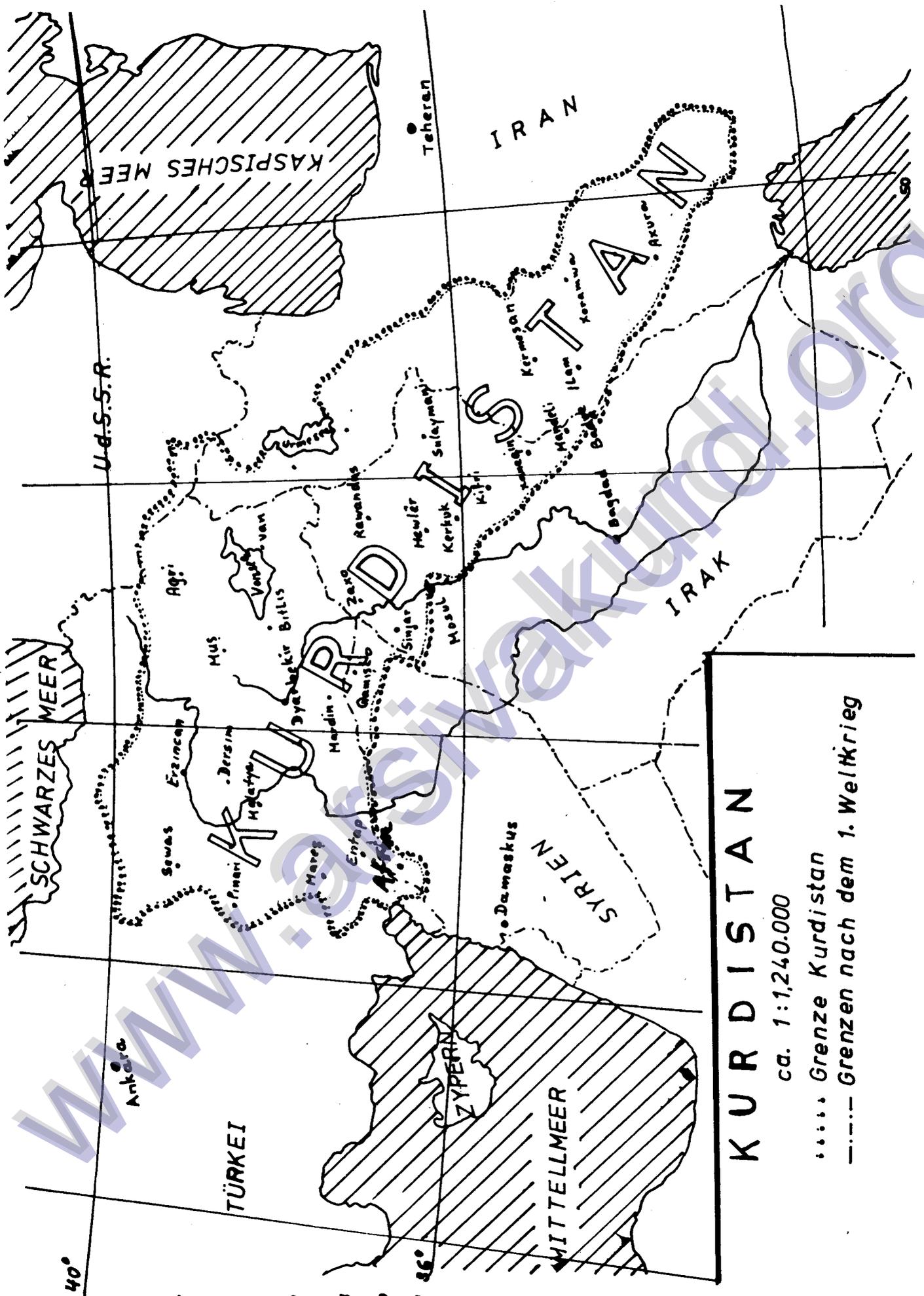
Name:

Address:

Date:

Published by the Kurdish Students Society in Europe (K.S.S.E.) -
Branch Berlin (West)

His Excellency
The United Nations Secretary General
Dr. Kurt Waldheim
United Nations Building
New York, NY. 10017
U.S.A.



KURDISTAN

ca. 1:1240.000

..... Grenze Kurdistan

----- Grenzen nach dem 1. Weltkrieg

40°

... 7

... 11

... 15

... 25

... 30

... 31

36°

U.S.S.R.

IRAN

KURDISTAN

IRAK

SYRIEN

TÜRKEI

ZYPERN

MITTELMEER

SCHWARZES MEER

Ankara

Teheran

Agri

Mus

Bersin

Hatay

Van

Bitlis

Sinjar

Zero

Rawandis

Hewler

Kerkuk

Mosul

Sulaymaniyah

Kirmanshah

Ilam

Hamadan

Bahmaniyah

Sajadabad

Arak

Aras

Maragheh

Maragheh

Maragheh

Maragheh

Maragheh

Maragheh

Maragheh

Damaskus